

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zl., monatlich 5,36 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 8 Gld., Deutschland 2,50 A.-Mk. - Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Bernerstr. Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige zweipaltige Reflektierzeile 100 Grosch., Danzig 40 bis 70 P. Bei Vorkauf 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100%, Aufschlag. - Bei Blatzvordruck und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. - Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. - Offertengebühr 100 Groschen. - Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postfachadressen: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 59.

Bromberg, Dienstag den 12. März 1929.

53. Jahrg.

Zusammenschluß um Korsantny.

Sonst „Sieg der Deutschen“ - Der Kampf um Oberschlesien gilt Posen!

(Von unserem oberschlesischen Korrespondenten.)

Kattowiz, 7. März 1929.

Wie immer die Wahlordnung für den Schlesischen Sejm ausfallen mag; ganz ohne die Handhabung des Stimzettels wird man doch wohl zu keinem neuen Landtag der Wojewodschaft gelangen. Nun waren die letzten Parlamentswahlen — zum Warschauer Sejm — in Oberschlesien durch eine weitgehende Zersplitterung im polnischen Lager gekennzeichnet. Der Ausgang dieser Wahlen sah nur zwei erfolgreiche Parteien: die der Deutschen und die der Sanierung, während die zersplitterte polnische Opposition eine schwere Niederlage erlitt. Zu dieser Opposition zählt auch die des alten Eigenbrödlers Kustos, dessen Programm „Oberschlesien den polnischen Oberschleslern“ an sich durchaus vollständig ist, aber doch nicht zugkräftig genug, um die durch bessere Organisation und historisch begründete Impponderabilität gestützten Parolen der übrigen Oppositionsparteien beiseite zu drängen. Am stärksten unter diesen Parteien ist verständlicherweise die Korsantny's. Ihm traut das Volk die stärkste politische Aktivität und Energie zu. Eine zwar etwas sonderbar anmutende Logik, der man jedoch unter der einfachen Bevölkerung immer wieder begegnet, sagt: „Er hat uns hineingeritten; er ist auch der einzige, der uns wieder herausreißen kann.“

Die letzten Sejmwahlen haben ein Zusammengehen der polnischen und der deutschen Sozialisten. Die polnische Opposition hofft deshalb, die polnische sozialistische Partei aus jener Bindung herauszureißen und bei den Wahlen zum Schlesischen Sejm für eine allgemeine polnische Opposition gewinnen zu können. Kein verständiger deutscher Politiker hat in jenem Zusammenschluß der Sozialisten beider Ordnungen jemals einen Vorteil erblickt können. Die „Gazeta Robotnicza“ hat nach wie vor diesem Zusammenschluß eine eindeutig polnisch-nationalistische Politik verfolgt. Andererseits ist der Spalt, der durch das gesamte Polentum hindurchgeht, durch das Abweichen der Regierungssozialisten auch durch die WPS gezogen worden. Unzweifelhaft wird es in dem kommenden Wahlkampf nur eine Sanierungspartei „Grazynski sans phrase“ geben, und keine der polnischen Oppositionsparteien, außer der Korsantny's, hat irgendeine Aussicht auf Wahlerfolge. Der schon genannte „Polnische Oberschlesier“ Kustos umreißt die Lage wie folgt:

Wir sagen es offen und ehrlich, daß, falls nicht ein Zusammenschluß der Korsantnypartei, der Nationalen Arbeiterpartei, der Polnischen sozialistischen Partei und der Kustospartei zustande kommt, die Deutschen unbedingt die meisten Mandate erhalten werden.

Das Blatt des Wojewoden Dr. Grazynski, die „Polka Zachodnia“, sucht zwar zu späteln: „Na, wir werden uns halt aucken, schwer aucken. Doch, Herr Kustos, was wird denn nur mit dem Projekt der Unterdrückung der Deutschen durch die Front von Korsantny bis Kustos, wenn Korsantny das Bündnis mit den Deutschen vorzieht?“ Aber wohl ist dem Sanierungsorgan ganz offenbar nicht zumute und die Bemerkung von einem Bündnis Korsantny's mit den Deutschen nichts als ein Denunziationsstück an die Adresse des Aufständischenverbandes und des Westmarkenvereins. Korsantny hat sich von den Deutschen nicht nur durch ein Meer von Blut getrennt. Mit den Stimmen seiner Partei ist jenes Wotewodschaftsgesetz zustande gekommen, das dem Wojewoden das Recht gab, die überwiegend deutschen Stadtvorordnetensammlungen und Gemeindevertretungen nach Hause zu schicken und durch erwählte Kommissarien zu ersetzen, die dann wieder die Magistrate und Gemeindevorstände wählten. In dem Kampf um die Macht zwischen Grazynski (oder richtiger: Piludski) und Korsantny neigen die Deutschen weder zur Unterstützung der einen, noch der anderen Seite, sondern sie sind allein auf die eigene Stärkung bedacht. Die Sanierungspartei, die in alle polnischen Parteien den Spaltplatz hineingebracht hat, steht die unerschütterliche deutsche Einigkeit mit denkbar schärfster Erbitterung. Ihre neueste Erfindung ist die einer beginnenden Zersetzung im deutschen Lager. Tatsächlich ist aber festzustellen, daß die Versuche, besondere „lonale“ Vereinigungen der Deutschen zu bilden, wie das z. B. in Wisniewitz versucht worden ist, in nichts zerronnen sind. Wie der Fuchs die „sauren“ Trauben nicht begehrt, schreibt denn auch die „Polka Zachodnia“:

Uns selbst liegt nämlich nichts daran, unter den Deutschen irgendwelche neuen, schwindsüchtigen Vereinigungen hervorzurufen. Der Gedanke, die Deutschen zu sprengen, um irgendwelche zeitweiligen Vorteile höchst zweifelhaften Wertes zu erzielen, liegt uns fern.

Den Prozeß der Absonderung der wirklich lokalen und die Zusammenarbeit mit dem Staat wünschenden Deutschen in Polen von der Ober Gewalt und dem moralischen und wirtschaftlichen Terror der proberlinischen Leitung überlassen wir der natürlichen Lebensentwicklung.

Einstweilen — und für die nächsten Hundert Jahre — ist es also noch nicht so weit, daß sich die „vernünftigen“ und ehrlich denkenden Deutschen in Schlessen“ von dem Terror der jehigen Rädelsführer“ (gemeint und genannt werden der „Deutsche Volksbund“ mit Ullik und der Verband der deutschen Katholiken“ mit dem Chefredakteur Senator Dr. Pant an der Spitze) freimachen. Tatsächlich aktuelle Interesse aber hat der Zusammenschluß der polnischen Opposition um Korsantny. Hierzu läßt sich, die Lage wie ein Blick in der Öffentlichkeit, gleichzeitig aber den Polen und nicht den erfindenen „Deutschenreue“ Korsantny in den Vordergrund stellend, das Organ der polnischen Nationalen

Arbeiterpartei, der „Kurjer Klaski“, wie folgt vernehmen:

Zur Zusammenarbeit der Christlichen Demokratie und der Nationalen Arbeiterpartei ist auch Korsantny heranzuziehen. Wir alle kennen seine Sünden. Doch was gewesen ist, soll vergessen werden. Korsantny hat sich um die Vereinigung Oberschlesiens mit Polen große Verdienste erworben. Daher dürfen wir niemals vergessen, daß wir und der Staat ihm viel schulden. Aber wir dürfen ihm nicht, wie es die Sanierung macht, mit Undank lohnen.

Man weiß, daß Korsantny's Ehrgeiz weit über Oberschlesien hinaus strebt. Da ist es denn interessant, zu hören, daß er auch außerhalb Oberschlesiens wieder an Geltung gewinnt. Der „Głos Lubelski“ (Lublinter Stimme) sagt, daß sich um ihn „die alten oberschlesischen Funktionäre zusammenschlossen, während sich um die Sanierung die Überbleibsel sammelten, die heute ihre politische Grundlage und morgen ihr Untergang sein können“. Die Aufhebung der schlesischen Autonomie würde die Höhe des politischen Risikos sein. Die Autonomie sei Oberschlesien zum Zweck der Durchföhrung der deutschen Aktion (nämlich der Abstimmung für Deutschland) durch den souveränen polnischen Sejm verstehen worden, und dieser klugen Maßnahme des Sejms sei, neben den Verdiensten Korsantny's, das Ergebnis der Abstimmung zu verdanken. Nach dem mißlungenen Angriff gegen Posen vom Norden aus der Richtung Pommerns möchte die Sanierung um so mehr Schlessen beherrschen um von dieser Seite her Posen von der Flanke anzugreifen. Deshalb kämpfe sie skrupellos und ohne Rücksicht auf den Gärstoff, den sie in Oberschlesien erzeuge.

Senator Dr. Pant zum Fall Ullik.

Am Freitag, dem 8. März, nahm der deutsche Senator Dr. Pant vom Deutschen Parlamentarischen Klub im Senat zum Etat des Justizministeriums das Wort und führte etwa folgendes aus:

Unseren Standpunkt gegenüber dem Etat des Justizministeriums brauche ich nicht ausführlich zu begründen. Unserer Auffassung nach verdient es seinen Namen nicht. Es könnte eher als Gerichts- oder Gefängnisministerium bezeichnet werden, aber nicht als Ministerium der Gerechtigkeit. Auch habe ich nicht die Absicht, die vielen Beschwerden vorzutragen, die mit aller Deutlichkeit beweisen, daß die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen ihr Recht nicht finden können. Es hat ja sowieso keinen Zweck. Und wenn ich auch überzeugt bin, daß es in der polnischen Gesellschaft rechtlich denkende Menschen gibt, die die Berechtigung unserer Klagen anerkennen, so vertreten andererseits auch diese Leute die Auffassung, daß man im Interesse der polnischen Nationalidee darüber zur Tagesordnung übergehen müsse.

Wie ich schon einmal nachzuweisen versucht habe, dient bei uns die Justiz nicht der Gerechtigkeit, sondern dem Nationalismus. Ich erachte aber für notwendig, daß ich auf die Ausführungen des Herrn Justizministers Car in der Budgetkommission

zum Falle Ullik

antworte. Ullik ist, wie ich damals auseinandergesetzt habe, nicht etwa deshalb verhaftet worden, weil er sich gegen irgendein Gesetz verstoßen hat, sondern weil er der Leiter des Deutschen Volksbundes ist und weil der Deutsche Volksbund als eine Organisation der deutschen Minderheit den Verwaltungsbehörden bei ihren Entnationalisierungsmahnahmen unheimlich ist.

Durch die Verhaftung des Abg. Ullik glaubt man, die Tätigkeit dieser Organisation lahmgelagert oder wenigstens die deutsche Minderheit einschüchtern zu haben. In dem Verfahren gegen Ullik sucht man sich auf ein gefälschtes Dokument. Selbst der Marschall des Schlesischen Sejms, und der weitans eröhere Teil des früheren Schlesischen Sejms haben diese Auffassung vertreten. Warum fürchtet man sich, dieses Dokument auf seine Echtheit von einem objektiven Sachmann nachprüfen zu lassen? In dem Prozeß gegen ein zweites Vorstandsmitglied des Deutschen Volksbundes hat man sich ebenfalls auf ein Dokument gestützt, dessen Fälschung leicht nachzuweisen ist. Aber nicht nur für das, es wurde sogar ein wegen Dokumentenfälschung von polnischen Gerichten zur Verantwortung gezogener Mensch als Hauptbelastungszeuge zugelassen und vernommen. Auf diese, von mir vorgebrachten Tatsachen ist der Herr Justizminister überhaupt nicht eingegangen, so daß man beinahe den Schluß ziehen könnte, daß derartige unmoralische Mittel bewußt angewendet werden, um führende Angehörige der Deutschen Minderheit unschädlich zu machen und auf diese Weise das Volk seiner Führer zu berauben.

Ich erkläre im vollen Bewußtsein dessen, was ich sage, daß man nur durch gefälschte Dokumente, durch Meineid eine Schuld der Genannten wird nachweisen können. Bei uns, in Oberschlesien, herrscht die Überzeugung — und das nicht nur bei den Deutschen — daß in diesen Fällen nicht die Justizbehörden das Urteil fällen, sondern die politische Abteilung des Innenministeriums in Warschau und daß die Urteile festgelegt werden, lange bevor das Verfahren eingeleitet wird. Jedenfalls bitte ich die Regierung, daß sie den Kampf gegen die deutsche Minderheit nicht mit unmoralischen Mitteln führt.

Im Anschluß an diese Rede sprach im Namen des Regierungsbündel Senator Skowolki, der, an die Ausführungen des Senators Pant anknüpfend, sich dagegen verwahrte, daß in der Diskussion Sachen berührt würden, die sich noch im Gerichtswege befinden, und der Senatsmarschall gab folgende Erklärung ab:

„Ich bin nicht Anhänger von polizeilichen Maßnahmen, und jedem steht es frei, seine Meinung zu äußern. Man darf die Regierung kritisieren, man darf sie aber nicht beleidigen. Herr Senator Pant sagte, daß das Justizministerium in Polen diese Bezeichnung nicht verdiene. Dies ist eine Beleidigung, und ich rufe daher Herrn Senator Pant zur Ordnung.“

Der Fall Ullik in Genf.

Austausch von Erklärungen zwischen Stressemann und Zaleski.

Am Sonnabend, dem 9. März, wurde die auffehrende Verhaftung des Abg. Otto Ullik als letzte von sechs Minderheitsbeschwerden aus Oberschlesien, teils deutschen, teils polnischen Ursprungs vom Völkerverbund behandelt. Man sah dieser Erörterung auf allen Seiten mit äußerster Spannung entgegen.

Der Berichterstatter Adatschi gibt die Vorgeschichte wieder. Dabei werden Teile aus der Beschwerde des Volksbundes erwähnt, der geltend macht, daß Ullik's Verhaftung sachlich nicht gerechtfertigt und die Vorbedingungen der polnischen Strafprozeßordnung nicht erfüllt seien; denn ein Haftbefehl könne doch nur erlassen werden, wenn Verdunkelungs- und Fluchtgefahr bestehe. Der Beschwerdeführer betont, daß man durch die Verhaftung Ullik's der Minderheit, und zwar ihrem kulturellen Organ, dem Deutschen Volksbund, dessen Generalsekretär er ist, einen Schlag habe versetzen wollen. Die Eingabe vertritt die Auffassung, daß das Verfahren der polnischen Behörden dem Genfer Abkommen widerspricht und bittet den Rat um Freilassung des Verhafteten und weitere Beobachtung des Verfahrens. In ihrer Antwort erklärte die polnische Regierung, Ullik sei der Beihilfe zur Fahnenflucht schuldig und seine Verhaftung und die Einleitung des Strafverfahrens sei nach Auffassung der polnischen Regierung gerechtfertigt. Die polnische Regierung sagt, daß, solange die Angelegenheit sich in den Händen der Gerichtsbehörden befindet, keine Möglichkeit des Eingreifens in das Verfahren bestehe und daß von dem Eingreifen internationaler Organe noch weniger die Rede sein könne. Adatschi gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Gerichtsbehörden ihr Möglichstes tun werden um das Verfahren zu beschleunigen und daß sie in einer Weise vorgehen werden, daß die Minderheiten nicht den Eindruck haben, daß die Maßregeln gegen sie gerichtet seien.

Nach Adatschi führte der polnische Außenminister Zaleski

folgendes aus: „Ich kann nur wiederholen, was die polnische Regierung bereits in ihren Bemerkungen auf die Beschwerden des Volksbundes gesagt hat. Die Angelegenheit befindet sich in den Händen der Gerichtsbehörden, und es ist klar, daß es also keine Möglichkeit eines Eingreifens in das Verfahren, weder seitens der polnischen Regierung, noch irgendeines internationalen Organs gibt. Mit dem Berichterstatter bin ich davon überzeugt, daß die polnischen Gerichtsbehörden diese Angelegenheit mit der ganzen gesetzlichen vorzusehenden Sorgfalt und mit allen Garantien der Öffentlichkeit prüfen werden und daß dieses Verfahren in keinem Augenblick als gegen die Minderheit gerichtet betrachtet werden kann.“

Unter großer Spannung des ganzen Saales gab darauf der deutsche Außenminister

Stressemann

folgende Erklärung ab:

In der Angelegenheit, die uns beschäftigt, habe ich Kenntnis genommen von den Erklärungen, die der Berichterstatter in seinem Bericht aufgenommen hat, und ebenso von den Erklärungen, die wir jenseits von dem Vertreter Polens erhalten haben. Ich nehme danach an, daß der Prozeß gegen den Verwaltungsdirektor der Zentrale des Deutschen Volksbundes in Kattowiz mit Sorgfalt und Schnelligkeit durchgeführt werden soll, und daß der Vertreter Polens die in der Öffentlichkeit des Verfahrens liegende Garantie ebenso glaubt in Aussicht stellen zu können, wie die Garantie dafür, daß es sich nicht um ein Verfahren gegen Ullik wegen seiner Eigenschaft als Führer der Minderheit handeln soll.

Wenn ich Wert auf diese Feststellung lege, so tue ich das deshalb, weil die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch den Vertreter Polens selbst schon in der Dezember-sitzung des Völkerverbundes auf die Angelegenheit gelenkt worden ist, indem er damals darauf hinwies, daß Ullik unter Auflage stehe und nur dank der ihm als Abgeordneten zum Schlesischen Sejm zustehenden Immunität auf freiem Fuß geblieben sei.

Wenn ein Einzelfall, als der sich der Fall Ullik an und für sich darstellt, in dieser Weise vor dem Völkerverbund als besonders charakteristisch hingestellt worden ist, so stempelt ihn schon diese Tatsache zu einer Angelegenheit von besonderem politischem Interesse, deren Bedeutung über den Charakter eines Einzelfalles weit hinausgeht.

Ich würdige durchaus den Grundfak der Unabhängigkeit der ordentlichen Rechtspflege und habe Verständnis dafür, daß die Mitglieder des Rates jetzt nicht ohne weiteres in der Lage sind, zu der gegen Ullik erhobenen Beschuldigung sachlich Stellung zu nehmen. Aber daneben besteht für mich die Tatsache, daß die deutsche Minderheit selbst die Verhaftung ihres Führers als einen bewußt gegen sie gerichteten Schlag auffaßt und dadurch in außerordentliche Erregung versetzt worden ist.

Ansichs dieser Tatsache kann ich die Angelegenheit durch die im Bericht enthaltenen und die durch den Vertreter Polens abgegebenen Erklärungen nicht als endlich erledigt ansehen. Da der Vertreter Polens selbst gesagt hat, daß die Behandlung der Angelegenheit ausschließlich von den polnischen Gerichtsbehörden abhängt, ist ein endgültiges Urteil darüber erst möglich, wenn nach

Beendigung des Verfahrens sich erwiesen hat, ob sich die in jenen Erklärungen ausgesprochenen Erwartungen tatsächlich erfüllt haben.

Es muß mir deshalb, ohne dem Bericht formell zu widersprechen, aber auch ohne ihm ausdrücklich zuzustimmen, vorbehalten, nach Erledigung des Gerichtsverfahrens nötigenfalls auf die Angelegenheit vor dem Völkerbundrat zurückzukommen.

Unter Stimmhaltung des deutschen Staatsministers, Reichsaußenministers Dr. Stresemann, wurde danach der von Adachi-Japan erstattete Bericht über die Beschwerden des Deutschen Volksbundes gegen die Verhaftung des Abgeordneten Ullrich vom Völkerbundrat angenommen.

Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt zu dieser „Erledigung“ noch folgendes: „Zaleski und Stresemann haben Erklärungen ausgetauscht, von deren Inhalt und Formulierung zwei Tage lang in ununterbrochenen Verhandlungen gekämpft wurde. Nicht nur der Direktor der politischen Abteilung des Sekretariats, sondern auch der Generalsekretär selbst bemüht sich um die Vermittelung. Beide erschienen bis nach Mitternacht im Hotel Metropole, dem Wohnort der deutschen Delegation. Der Vertreter der polnischen Regierung hat bestimmte Zugeständnisse gemacht, die zunächst allerdings formelle Bedeutung haben, auf die man aber in einem späteren Stadium zurückkommen wird.“

Noch bedeutungsvoller ist der Genfer Korrespondent der „Allg. Zeitg.“, der noch vor der Beschlußfassung über den Fall Ullrich (am Freitag abend) folgendes zu berichten wagt: „Man kann sich denken, daß die große Mäßigung im Ton, die die gestrige Rede Zaleskis auszeichnet hat, auch in einem gewissen Zusammenhang mit der Auffassung steht, die die polnische Regierung ihrerseits von der Möglichkeit einer Beilegung des Falles Ullrich gegenwärtig hat. Man geht schwerlich fehl, wenn man die Anwesenheit des Berliner Gesandten Polenz, Knoll in Genf und die Tatsache, daß der Gesandte heute abend Stresemann zu einer Unterredung aufgefordert hat, in Zusammenhang mit dem Fall Ullrich bringt. Es ist kein Zweifel, daß der polnischen Regierung daran liegt, zu verhindern, daß Stresemann bei der Erörterung des Falles Ullrich mit der Schärfe und in der Art öffentlich im Völkerbundrat auftritt, wie es die Schwere des Falles und das Echo, das dieser Übergriff des Wojewoden von Schlesien in der ganzen deutschen öffentlichen Meinung gehabt hat, verständlich machen könnten.“

In diesem Zusammenhang tut man gut, sich daran zu erinnern, daß in der Rede Zaleskis zu wiederholten Malen und mit Betonung die Rede davon war, daß die öffentliche Behandlung von Minderheitenfragen den betroffenen Regierungen es häufig schwer mache, gewisse entgegenkommende Maßnahmen zu treffen, die sie, wenn sie in voller Freiheit gewesen wären, vielleicht getroffen hätten. Man kann sich denken, daß es sich bei der Unterredung zwischen Stresemann und Knoll um diese Dinge gehandelt hat und daß es nun bei Stresemann liegt, sich über das Waagnis zu entscheiden, das darin läge, auf irgendetwelche Zusicherungen hin, daß Ullrich demnächst aus der Haft entlassen würde, auf etwaige polnische Vorschläge einzugehen.“

Weitere obereschlesische Beschwerden.

Genf, 9. März. Vor der Beschlußfassung im Fall Ullrich trat der Rat in die Prüfung von drei deutschen und drei polnischen Minderheitenbeschwerden ein, die aus beiden Teilen Oberschlesiens vorlagen. Den Bericht hierüber erstattete der japanische Vorkämpfer in Paris, Adachi. Er teilte dem Rat mit, daß die deutsche und die polnische Regierung als Unterzeichner des Oberschlesienabkommens übereingekommen waren, in direkte Verhandlungen über die Auslösung einiger Punkte des Genfer Minderheitenabkommens einzutreten. Die Verhandlungen sollen unter dem Vorsitz des Vorkämpfers Adachi, sowie unter Einziehung des Präsidenten Calonder stattfinden. Der Vorkämpfer schlug dem Rat sodann bezüglich der deutschen Beschwerden

deutschen Beschwerden

vor, von einem Juristengutachten Kenntnis zu nehmen, nach dem die Zulassung von Kindern zu den Minderheitenschulen in Oberschlesien, die nicht die Minderheitensprache genaugen beherzlichen, entgegen der Auffassung der polnischen Regierung dennoch statthalt sei. Ferner erklärten die Juristen, daß entgegen der Auffassung der polnischen Regierung die Erziehungsberechtigten nicht verpflichtet seien, persönlich zu der Anmeldung der Kinder zu den Minderheitenschulen zu erscheinen und deshalb auch nicht verpflichtet seien, die Erklärung über die Sprachzugehörigkeit des Kindes persönlich abzugeben. Jedoch sollen die polnischen Behörden das Recht haben, die Erklärungen über die Sprachzugehörigkeit dahin zu prüfen, ob sie tatsächlich von den Erziehungsberechtigten stammen.

Adachi erstattete ferner einen Bericht über die Beschwerde eines Knappschmied Obersekretärs gegen Zwangsmassnahmen polnischer Schulbehörden und seine Entlassung wegen Einschulung seiner Kinder in die deutsche Schule. Anschließend nahm der Rat die Prüfung der drei Beschwerden des Polenbundes in Oberschlesien vor.

Sie hatten z. T. rechte Bagatellen zum Gegenstand, und es war typisch, daß sie im Gegensatz zu dem Klagegrund der deutschen Beschwerden bereits durchweg abgelehnt waren, bzw. ihre Sühne gefunden hatten. Nach der ersten Beschwerde soll ein deutscher Eisenbahnbeamter Angehöriger der polnischen Minderheit gegenüber der in polnischer Sprache vorgetragene Bitte um Verleihung einer Fahrkarte in zwei Fällen nicht entsprochen, vielmehr die Wiederholung der Bitte in deutscher Sprache verlangt haben. Der erste der beiden Fälle wird überhaupt in Abrede gestellt, da der Beamte an dem fraglichen Tage gar nicht im Dienst war. Zu dem zweiten Fall wird deutschesteils bemerkt, daß die Fahrkarte in hochpolnischer Sprache verlangt worden sei, während der Beamte nur wasserpölnisch verstanden habe. Ubrigens sei der fragliche Beamte zudem noch verheiratet worden.

Die zweite polnische Beschwerde behauptet, daß in fünf Fällen Deutsch-Oberschlesiens den Kindern seitens der Lehrer, zum Teil in Verbindung mit körperlicher Züchtigung oder deren Androhung, verboten worden sei, polnisch zu sprechen. In einem Fall ist deutschesteils die Verlesung ausgegeben, und der Lehrer mit Verweis und Verlesung bestraft worden. Im zweiten Fall wurde dem Lehrer das Mißfallen der Regierung ausgesprochen, obwohl der Tatbestand nicht einwandfrei geklärt war. In den drei übrigen Fällen ist überhaupt nichts erwiesen worden. Zudem habe der Oberpräsident von Oppeln bereits am 15. Dezember die amtliche Mahnung an die Lehrerschaft gerichtet, hinsichtlich der Wahrung der polnischen Minderheitenrechte äußerst gewissenhaft zu sein.

Die dritte polnische Beschwerde betrifft Schwertfertigkeiten, die angeblich polnischen Minderheitsangehörigen anlässlich einer Wallfahrt nach Czestochau durch die deutschen Pächterbehörden bereit worden seien. Alle Fälle sind so gefaßt, daß die vorgeschriebenen Beschwerden entweder unbegründet oder bereits von den zuständigen Stellen beseitigt und Maßnahmen gegen ihre Wiederholung ergriffen worden sind. Die Polen hatten also keinerlei Anlaß mehr, sich ihrerwegen an den Völkerbundrat zu wenden. Sie haben es nur getan, um unter allen Umständen einen Gegenatz

zu den immer wiederkehrenden und leider zu begründeten deutschen obereschlesischen Beschwerden zu schaffen.

Neuer deutsch-polnischer Zwischenfall.

Katowiz, 11. März. In Katowiz ist dieser Tage der deutsche Reichsanghörige Kowalski von der polnischen Polizeibehörde verhaftet worden. Die Polizei behauptet, Kowalski sei aktiver Baudmeister und habe die Grenze auf illegalem Wege überschritten, um Espionage zu treiben. Der deutsche Generalkonsul in Katowiz, Freiherr von Grünau, hat bereits in dieser Angelegenheit interveniert, jedoch ohne Erfolg. Die Angelegenheit soll bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden sein.

Zaleski ist zufrieden.

Genf, 11. März. Nach Beendigung der Ratstagung wandte sich der Korrespondent des „Kurzer Post“ an den polnischen Außenminister Zaleski mit der Bitte, ihm seine Meinung über die Ergebnisse der Ratstagung zu äußern. Minister Zaleski gab dem Pressevertreter gegenüber folgende Erklärung ab:

„Mit dem allgemeinen Verlauf der Ratssession bei der Behandlung des Minderheitenproblems bin ich sehr zufrieden. Der Rat hat mit Nachdruck geäußert, daß er sich lediglich von Grundfragen der Gerechtigkeit leiten läßt. Endgültig klar geworden ist das, was schon längst hätte klar sein müssen, daß der Rat niemals dafür zu haben sein wird, daß man das Minderheitenproblem für andere politische Zwecke, als für das Wohl der Minderheiten selbst gebraucht. Die gegenwärtig verpflichtenden Traktate bilden eine vollkommen genügende Garantie, und ihr weiterer Ausbau, der dadurch erreicht werden soll, daß man gewissen Staaten weitere Verpflichtungen auferlegt, ist nicht auszuwenden. Aus den Reden, die während der Debatte gehalten wurden, muß geschlossen werden, daß der leitende Gedanke der Traktate, d. h. daß sich die einen Staaten nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen unter dem Vorwand des Minderheitenschutzes hineinmischen, auch weiterhin den Ratsmitgliedern am Herzen liegt und auch weiterhin eine ihrer Hauptaufgaben bleiben wird.“

Ein polnisches Mitglied in der Finanzkommission des Völkerbundes.

Warschau, 11. März. (Eigene Meldung.) Aus Genf wird gemeldet, daß zum Nachfolger des verstorbenen Mitgliedes der Finanzkommission des Völkerbundes, des Schweizer Delegierten Dubois, einstimmig der Vizepräsident der Bank Polki, Dr. Felty Mlynarski, gewählt worden ist.

Stresemann auf Urlaub.

Berlin, 10. März. (P.M.) Nach Beendigung der Genfer Session hat, wie das Wolff-Bureau meldet, Minister Stresemann einen Erholungsurlaub angetreten. Er begibt sich an die italienische Riviera, wo er drei Wochen zu verweilen gedenkt. Seine Rückkehr nach Berlin wird erst nach dem Osterfest erwartet.

Der „Welt am Montag“ zufolge wird in Kreisen der Deutschen Volkspartei als Kandidat für den Posten des Außenministers im Falle des Rücktritts des Ministers Stresemann der zweite Vertreter der Volkspartei im gegenwärtigen Kabinettswirtschaftsminister Dr. Curtius genannt.

(Von einem Rücktritt Stresemanns ist gegenwärtig keine Rede. Es ist schon oft vorgekommen, daß der gesundheitslich stark angegriffene Außenminister in Urlaub ging. Die „Welt am Montag“ will wohl nur für Herrn Curtius Stimmung machen, der als Nachfolger für Herrn Stresemann gewiß nicht die ersten Ausichten hätte. Neben zwei Berufsdiplomaten bewirbt sich um dieses Amt zunächst der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, D. R.)

Anerkennung für Stresemann.

Berlin, 11. März. (P.M.) Das Wolff-Bureau verbreitet aus Genf eine Erklärung der leitenden Vertreter der nationalen Minderheiten, in welcher diese kategorisch in Abrede stellen, als ob sie den von Minister Stresemann in der Donnerstag-Debatte eingenommenen Standpunkt einer Kritik unterzogen hätten. Der Vorsitzende der europäischen Minderheiten-Kongresse Dr. Wilson kündigt an, daß er im Namen aller nationalen Minderheiten dem Minister Stresemann den Dank der Minderheiten für sein hervorragendes Eintreten zum Schutze der Minderheiten vor dem Rat zum Ausdruck bringen werde. (Der Dank ist dem deutschen Außenminister allgemein sicher. Ob seine Taktik nicht besser gewählt werden konnte, läßt sich dagegen bezweifeln. D. R.)

Minderheitenführer in Genf.

Von den Vertretern der nationalen Minderheiten Gruppen in den Staaten Europas waren außer dem Präsidium des europäischen Nationalitätenkongresses Dr. Wilson und dem Generalsekretär Dr. Ammende, auch der Führer der jüdischen Minderheiten Dr. Moskwin, der katalanische Vertreter Dr. Estelrich und der mazedonische Vertreter Dr. Stanisheff in Genf anwesend. Das Deutschland in Polen war durch den Abgeordneten Franz, den zweiten Vorsitzenden des Deutschen Volksbundes in Katowiz vertreten.

Pferd und Lerche.

In Paris ist man sehr erfreut, daß die Minderheitenfrage in Genf so rasch und schmerzlos erledigt wurde. Man hat zu dem neuen Dezerkonomie, das die „Humanität“ respektlos ein Komitee der Vertreter von Mächten nennt, die gewohnt sind, Minderheiten zu unterdrücken, allgemein Vertrauen, weil es nicht nur in der Person Chamberlain's, sondern auch besonders in der Person des spanischen Vorkämpfers Duinones de Leon einen durchaus bewährten und sicheren Freund Frankreichs enthält.

Bezeichnend ist, wie sich Briand am Freitag abend in Genf über die Erledigung der Minderheitenfrage vor der französischen Presse geäußert haben soll. Der Berichtshatter des „Matin“ schreibt darüber wörtlich: „Mit höhnischem Lächeln und sich die Hände reibend, empfing Briand die französische Presse. Ich, sagte er, eine große Affäre wäre wieder einmal erledigt. Man forderte für die an den Rat gerichteten Klagen der Minderheiten Öffentlichkeit. Weiß man denn, wozu eine solche Öffentlichkeit geführt hätte? Dazu, die Minderheiten selbst lächerlich zu machen; denn neun Zehntel aller Minderheitenklagen kann man nicht veröffentlichen. Dazu sind sie viel zu grotesk, und wissen Sie, an was mich die Forderung eines Tribunals erinnert, vor welchem der Minderheitenkläger und der beklagte Staat auf dem Fuße der Gleichheit behandelt werden würden? An die bekannte Geschichte, in der ein Fleischermeister auf seiner

Waage zwischen dem Fleisch eines Pferdes und dem Fleisch einer Lerche Gleichgewicht herstellen will. Ein Pferd und eine Lerche! Hier ist das Pferd Herr Zaleski, und die Lerche ist der zwölfjährige (deutschsprechende?) Schüler, der beim Völkerbund Klage einreicht, weil er 500 Meter zu weit in die Schule laufen muß.“

D hätte doch Herr Briand recht! Leider sind jedoch die Klagen der deutschen Minderheit in Polen nicht so leicht beschwingt und haben mit der Lerche nur das gemein, daß man die unschuldigen Deutschen im Lande der edlen Pferde gern zu jeder Mahlzeit verspeist (750 000 Emigranten!), während man sich in Frankreich mit unschuldigen Lermen als Lackerbissen begnügt.

London—San Sebastian—Madrid.

Nach reichsdeutschen Blättermeldungen verlautet, daß der in Genf gebildete Dreierausschuß für die Minderheitenfrage unter Vorsitz von Chamberlain schon im April zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten wird und daß diese Sitzung in London stattfinden soll. Sir Austen Chamberlain hat den beiden übrigen Mitgliedern des Ausschusses, Adachi (Japan) und Duinones de Leon (Spanien) mitgeteilt, es werde für ihn nicht möglich sein, so kurz vor den englischen Neuwahlen das Land zu verlassen, und er habe sie daher, nach London zu kommen, da er Wert darauf lege, daß diese Angelegenheit noch vor den englischen Wahlen erledigt werde. Hierfür werde er den spanischen Wunsch unterstützen, daß die nächste Völkerbundratstagung im Juni in Madrid stattfinden.

Da sich eine Verschiebung der internationalen Arbeitskonferenz, die am 30. Mai beginnen soll als unmöglich herausgestellt hat, wird wahrscheinlich der Beginn der 55. Ratstagung, die nach der Geschäftsordnung am 3. Juni hätte ihren Anfang nehmen sollen, um acht Tage verschoben werden. Diese Verschiebung erfolgt aus Rücksicht auf die internationale Presse, deren Vertreter der sehr wichtigen nächsten internationalen Arbeitskonferenz wenigstens im Beginn beizuwohnen müssen.

Die Tagung des Ratskomitees in San Sebastian wird wohl am Donnerstag, dem 6. Juni, oder am Freitag, dem 7. Juni, beginnen. Es ist wahrscheinlich, daß ein Teil der ständigen Ratsdelegierten sich auf dieser Tagung durch besondere Sachverständige vertreten lassen wird, so daß die Außenminister selbst erst zu Beginn der Ratstagung in Madrid eintreffen. Auf Bedenken wegen der Temperatur in Madrid wird von Kennern des Landes versichert, daß die große Hitze erst Ende Juni einzusetzen pflegt.

Der Völkerbund geht auf Reisen.

Warschau, 11. März. Die bisherige Hauptstadt des Völkerbundes, Genf, soll ihrer Würde verlustig gehen. Es besteht der Plan, die Sessions des Völkerbundes der Reihe nach in verschiedenen europäischen Staaten abzuhalten. In maßgebenden Kreisen beabsichtigt man daher, den Völkerbund zu einer der nächsten Sessions nach Warschau einzuladen. Sollte diese Absicht verwirklicht werden, so würde eine entsprechende Einladung an das Völkerbundsekretariat gerichtet werden.

Polnisch-rumänischer Geheimpakt.

Konow, 8. März. Die offiziöse Konwoer Zeitung „Tiepusz Uida“ wartet mit Enthüllungen über einen Geheimvertrag auf. Wie das Blatt mitteilt, soll es sich hierbei um einen Geheimpakt handeln, der am 1. Oktober 1928 zwischen Polen und Rumänien als Ergänzung des bereits 1926 abgeschlossenen Vertrages zustande kam. Bei einer Gefahr sollen die vereinigten polnisch-rumänischen Streitkräfte sofort eine breite und schnelle Offensive gegen Rußland ergreifen. Zu dem Vertrage werde weiter darauf hingewiesen, daß in einem Kriege zwischen Polen und Rußland Litauen nicht neutral bleiben könne, falls Litauen den Kampf aufnehme, habe Polen Rumänien's Zustimmung, Litauen entweder ganz oder teilweise zu okkupieren. Weiter enthalte der Vertrag technische und strategische Einzelheiten. Dieser Geheimpakt, so teilt die Zeitung mit, sei während Pilsudski's Anwesenheit in Rumänien unterzeichnet worden. Das Blatt will den Vertrag, über den es aus zuverlässiger Quelle orientiert sein will, noch im ganzen veröffentlichen.

Polnisches und rumänisches Dementi.

Genf, 9. März. (P.M.) Im Zusammenhange mit der Enthüllung des litauischen Blattes erklärte Außenminister Zaleski, daß es ein gegen Rußland oder Litauen gerichteter rumänisch-polnischer Traktat nicht gebe. Die Meldung dieses Blattes dementiert der polnische Außenminister in kategorischer Weise.

Bukarest, 9. März. (P.M.) Der rumänische Kriegminister stellt die Existenz eines geheimen polnisch-rumänischen Militärabkommens, das sich gegen Litauen oder die Sowjets richtet, ebenfalls in Abrede und bezeichnet den Text der Meldung als eine gewöhnliche Mythifikation.

Vor dem Ende der Sejm-Session.

Warschau, 11. März. Nachdem am Sonnabend die Aussprache über den Staatshaushalt im Senat zu Ende geführt worden war, wird am heutigen Montag die Abstimmung über die Abänderungsanträge und die eingebrachten Resolutionen stattfinden. Der Staatshaushalt-Gesetz wird wahrscheinlich am Dienstag an den Sejm zurückgehen, der sich etwa eine Woche lang mit den Abänderungen beschäftigen wird.

In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Sejm-session etwa am 23. d. M. geschlossen werden wird. In der zweiten Hälfte des April würde dann eine besondere Versammlungs-Session einberufen werden.

Deutsches Reich.

Verlobung des Prinzen Wilhelm?

Wie die „Königsb. Garungshche Stg.“ berichtet, erhält sich in Potsdamer Kreisen hartnäckig das Gerücht, daß der älteste Sohn des Kronprinzen, der am 4. Juni 1906 geborene Prinz Wilhelm, sich mit Gräfin Ursula von Pannwitz, die am 23. Oktober 1911 geboren ist, in den nächsten Tagen bereits verloben wird. Fräulein von Pannwitz ist die Tochter des vor einigen Jahren in Buenos Aires verstorbenen ehemaligen Reichsanwalts Dr. Walter von Pannwitz, dessen Anstammungen einen internationalen Ruf hatten. Ihre Mutter ist eine geborene Roth, die in Argentinien und in Holland ausgedehnte Ländereien besitzt. Frau von Pannwitz wohnt seit Jahren bereits in der Nähe von Harlem und ist vor einigen Tagen wieder in Berlin eingetroffen, wo sie im Hotel Esplanade wohnt.

Pommerellen.

11. März.

Graudenz (Grudziadz).

Der Übergang über die Weichsel wird nach wie vor... Der Übergang über die Weichsel wird nach wie vor...

Gewisse Vorsichtsmaßnahmen angesichts des eingetretenen Tauwetters... Gewisse Vorsichtsmaßnahmen angesichts des eingetretenen Tauwetters...

Der Sonnabend-Markt war gut besucht und besucht... Der Sonnabend-Markt war gut besucht und besucht...

Thorn (Torun).

Der Wasserstand der Weichsel betrug Sonnabend früh... Der Wasserstand der Weichsel betrug Sonnabend früh...

Die Temperatur betrug Sonnabend früh in der Innenstadt... Die Temperatur betrug Sonnabend früh in der Innenstadt...

Die Fahrgerechtfame über die Weichsel will der Magistrat... Die Fahrgerechtfame über die Weichsel will der Magistrat...

Neue Mehlpreise für Thorn sind von der Preisfestsetzungscommission... Neue Mehlpreise für Thorn sind von der Preisfestsetzungscommission...

Der Thorer Haupt-Pferde-, Vieh- und Schweine-Markt... Der Thorer Haupt-Pferde-, Vieh- und Schweine-Markt...

Inschreibung. Die Pommerellische Landes-Staroste... Inschreibung. Die Pommerellische Landes-Staroste...

Im Dienst verunglückt ist am Sonnabend früh auf dem Bahnhof... Im Dienst verunglückt ist am Sonnabend früh auf dem Bahnhof...

Ein Einbruchsdiebstahl wurde in die Wohnung der Frau Anna Hernet... Ein Einbruchsdiebstahl wurde in die Wohnung der Frau Anna Hernet...

7. Briefen (Wabrzezo), 9. März. Der gestrige Wochenmarkt war gut besucht... 7. Briefen (Wabrzezo), 9. März. Der gestrige Wochenmarkt war gut besucht...

m. Dirschau (Tczew), 10. März. Auf dem Gute Roszczewo hiesigen Kreises... m. Dirschau (Tczew), 10. März. Auf dem Gute Roszczewo hiesigen Kreises...

h. Köban (Kubawa), 9. März. Diebstehereien. In einer der letzten Nächte... h. Köban (Kubawa), 9. März. Diebstehereien. In einer der letzten Nächte...

h. Kenmark (Kowmiastko), 9. März. Holzverkauf. Durch die staatliche Oberförsterei... h. Kenmark (Kowmiastko), 9. März. Holzverkauf. Durch die staatliche Oberförsterei...

Bei Erkältungen, Grippe, Halsentzündung, Mandelschwellung... Bei Erkältungen, Grippe, Halsentzündung, Mandelschwellung...

findet eine Holzversteigerung am Freitag, 15. d. M., im Hotel Hallerzkytom... findet eine Holzversteigerung am Freitag, 15. d. M., im Hotel Hallerzkytom...

p. Neustadt (Wejherowo), 9. März. Diebstähle. Während des Jahrmarktes... p. Neustadt (Wejherowo), 9. März. Diebstähle. Während des Jahrmarktes...

d. Stargard (Starogard), 9. März. In der gestrigen außerordentlichen Stadtvollversammlung... d. Stargard (Starogard), 9. März. In der gestrigen außerordentlichen Stadtvollversammlung...

d. Stargard (Starogard), 8. März. Der gestrige Wochenmarkt war trotz der schlechten Wege... d. Stargard (Starogard), 8. März. Der gestrige Wochenmarkt war trotz der schlechten Wege...

Kleine Rundschau.

Der Mount Everest soll von neuem bestiegen werden... Der Mount Everest soll von neuem bestiegen werden...

Graudenz.

Advertisement for Rudolf Mühlbradt, a 72-year-old man, with contact information in Grudziadz.

Warning advertisement for Franziszek Bredau, a tiling and painting business in Grudziadz.

Advertisement for 'Gute Herdbuchbullen' (good cow books) with contact information in Grudziadz.

Thorn.

Advertisement for children's carriages by Pellowski & Sohn, located in Thorn.

Advertisement for Heinrich Müller, Zimmermeister (carpenter) in Thorn.

Advertisement for Falarski & Radaike, dealing with washing machines in Thorn.

Advertisement for 'Der ungetreue Gdehart' (The unfaithful Gdehart) play at the German Theatre in Thorn.

Advertisement for Bordeaux wine by E. Szyminski, located in Thorn.

Advertisement for Scheune (barn) for sale or rent in Thorn.

Advertisement for 'Ordnl. Mädchen' (orderly girls) for domestic work in Thorn.

Advertisement for 'Lagerplatz' (storage space) in Thorn.

Erneuter Angriff auf deutsches Schulwesen.

Interpellation

Des Abg. Graeb und Gen. vom Deutschen Parlamentarischen Klub an den Unterrichtsminister wegen ungerechtfertigter Zusammenlegung der deutschen Schule in Wollstein mit der polnischen und Unterstellung des deutschen Schuldienstes unter den polnischen.

Wir haben in zwei besonderen Interpellationen an den Minister einerseits gegen die gescheiterte Zusammenlegung der deutschen mit den polnischen Schulen, andererseits gegen die bei den Zusammenlegungen getätigte Degradierung der deutschen Lehrer Stellung genommen. Ein besonders krasser Fall ist der Fall Wollstein, wo es sich um die Weiteitschaffung eines fest nominierten deutschen Schuldienstes durch besondere Maßnahmen des Posener Kuratoriums handelt. Am 18. Mai 1928 verfügte der Kreisinspektor Wojciechowski zum 1. Juni die Angliederung der evangelischen Schule an die polnische. Bei dieser Gelegenheit wurde der deutsche Schuldienst Schoefinius dem polnischen Leiter unterstellt unter Entziehung des Titels Schuldienst. Das Besondere dabei ist, dass die Zusammenlegung der Schulen und die Unterstellung des Schuldienstes Schoefinius hieß das Kuratorium in Polen durch Schreiben vom 10. 8. 28, Nr. 1 233/28) gut, weil für den Widerspruch dagegen keine gesetzlichen Unterlagen vorhanden seien.

Die Auffassung des Kuratoriums ist falsch, es sind sowohl gesetzliche Unterlagen für den Widerspruch gegen die Zusammenlegung der Schulen als auch die Unterstellung des deutschen Lehrers unter den polnischen vorhanden.

Der Widerspruch gegen die Zusammenlegung stützt sich, wie schon in der anderen Interpellation ausgeführt, auf den Artikel 11 der Ministerialverordnung vom 31. 8. 1926, wonach Schulen der Minderheit von der Zusammenlegung mit polnischen Schulen zum Zwecke der Höherorganisierung ausgeschlossen werden.

In Bezug auf die Unterstellung des Schuldienstes Schoefinius unter den polnischen Schuldienst ist die vom Kuratorium geäußerte Meinung nicht stichhaltig, daß mit dem Einsetzen der Klassen der Schuldienst auch stillschweigend in seiner Dienststellung gesunken sei, weil er seinerzeit keine Beschwerde erhoben habe. Schoefinius wurde durch Unterstellungsurkunde vom 12. 9. 1921 als Leiter der damals vierklassigen evangelischen Schule in Wollstein nominiert. Diese Nomination erhielt durch das Lehrerdienstgesetz vom 1. 7. 26 erneute Wirkung, denn Artikel 147 sagt, daß Lehrer, die von den Disziplinarbehörden durch die polnischen übernommen wurden und mindestens 12 Jahre im Amte sind, Schuldienst werden können, sobald sie die vorgeschriebenen Prüfungen ablegen oder davon befreit werden. Durch die Verfügung des Staatspräsidenten vom 15. 7. 27 ist dieser Artikel erneut bestätigt im § 88 Absatz b. Die Ernennung zum Schuldienst am 12. 9. 21 war rechtmäßig. Artikel 3 des Gesetzes vom 1. 7. 26 lautet: „Das Dienstverhältnis des Lehrers wird im Augenblick der Übersendung des Nominationsbescheides herabgesetzt.“

Tatsächlich ist die Nomination des Schoefinius nicht zurückgezogen worden. Infolgedessen kann er den Titel Schuldienst führen ungeachtet der gegenwärtigen Dienststellung. Die Unterstellung des Schuldienstes steht dem Artikel 40 des Lehrerdienstgesetzes vom 1. 7. 26 entgegen, der da heißt: „Der Lehrer ist berechtigt zur Führung des ihm in Gemäßheit des Anerkennungsbescheides zustehenden amtlichen Titels und kann verlangen, daß man ihn sowohl im Dienstverhältnis als auch in amtlichen Bekanntmachungen mit diesem Titel bezeichnen.“

Gegen die diesbezügliche Entscheidung des Kuratoriums in Polen reichte der Schuldienst Schoefinius am 24. 8. 28 auf dem Dienstwege eine Beschwerde an das Ministerium ein. Das Kuratorium hatte aber bereits vorher dem Unterrichtsminister in Vorschlag gebracht, den Schuldienst Schoefinius auf eine gleichwertige Stelle in einem anderen Orte oder in den nichtaktiven Zustand zu versetzen. Das Ministerium entschied am 20. 8. 28 die Versetzung in den nichtaktiven Zustand, die bekanntlich nach sechs Monaten Zwangsversorgung nach sich zieht, wenn keine Wiederberufung erfolgt. Das Kuratorium in Polen stellte schon am 20. 8. 28, ehe es die Entscheidung von Warschau hatte oder haben konnte, in Wollstein an Stelle des Schuldienst Schoefinius die Lehrerin Pold an, was der Kreisinspektor schon einige Tage vorher mußte und öffentlich erklärte. Daraus geht hervor, daß das Kuratorium von vornherein der auf falschen Grundlagen beruhenden Entscheidung gegen Schoefinius sicher war. Schoefinius hatte am 1. 9. 28 den Unterricht wieder aufgenommen und erhielt während des Unterrichts die Entscheidung des Ministeriums persönlich auszubehalten.

Der Bericht des Kuratoriums an das Unterrichtsministerium, der zu der Außerdienstsetzung des Schuldienst Schoefinius geführt hat, braucht keine besondere Begründung zu enthalten, sondern lediglich formal anzuführen, daß infolge der Höherorganisierung eine Verwendung des Schoefinius zurzeit nicht möglich ist. Es ist anzunehmen, daß das Ministerium seine Entscheidung nicht aufrecht erhalten kann, wenn es die in unserer Interpellation ausgesprochenen Gründe berücksichtigt, und wenn es die in einer Beschwerde des Schuldienst Schoefinius vom 24. 8. 28 und die in einer persönlichen Vorstellung des Schoefinius dem Ministerium am 28. 10. 28 gemachten Einwendungen berücksichtigt.

Trotzdem hat das Ministerium am 22. 11. 28 nur formal entschieden auf Grund des Dekrets des Staatspräsidenten vom 22. 3. 28 Artikel 82, daß die Entscheidung des Kuratoriums vom 20. 8. 28 endgültig sei und nach § 76 die Klage beim obersten Verwaltungsgericht nicht mehr zulässig wäre. Während die Außerdienstsetzung vom Herrn Minister in acht Tagen ausgeprochen wurde, brauchte diese vom Departementsleiter ausgesetzte Entscheidung über neun Wochen, so daß die Klagefrist durch diese Verzögerung für den betroffenen Schuldienst abgelaufen war.

Durch die geschilderte bevorstehende Pensionierung wird der erst 46 Jahre alte Schuldienst dem Schuldienste der Minderheit entzogen und fällt den Staatsfinanzen auf Jahrshöhe zur Last.

Wir fragen deshalb den Herrn Minister an:

1. Sorgt er die Zusammenlegung der deutschen Schule in Wollstein mit der polnischen trotz der von uns angeführten Gründe für ausgemäht?
2. Sieht er die Unterstellung des Schuldienst Schoefinius unter den polnischen Schuldienst gleichfalls für gesetzlich begründet an?
3. Will er die Versetzung des Schuldienst Schoefinius in den nichtaktiven Zustand aufrecht erhalten?

Warschau, den 4. März 1929.
Die Interpellanten.

Das nachahmenswerte deutsche Vorbild.

Bukaresch, 8. März. „Abeveru“ veröffentlicht unter der Überschrift „Schulpolitik Deutschlands gegenüber den Minderheiten“ einen Aufsatz, der mit seinem Verständnis für das Wesen der deutschen Minderheitenpolitik darauf hinweist, daß Stresemann auf sein Vorgehen in Genf möglicherweise verzichtet hätte, wenn nicht zweierlei dazwischen gekommen wäre: die Verdächtigung der französischen Blätter, daß Stresemann hierzu den erforderlichen Mut nicht aufbrachte, und dann die Verhaftung von Ulls, des Geschäftsführers des Deutschen

Volksbundes in Ostoberschlesien. Die Aussprache in Genf erlange aber besondere Bedeutung dadurch, daß Deutschland vorher alle Minderheitenprobleme in eigenem Rahmen in duldbar Weise gelöst habe. Der Verfasser teilt sodann den wesentlichen Inhalt der preussischen Erlasse über den Unterricht in den polnischen und dänischen Minderheitenschulen mit und meint, daß diese Schülerklasse Stresemann in der Verteidigung seines Standpunktes in Genf eine mächtige Waffe gäben.

Diesem Aufsatz, der seine Spitzen gegen Polen enthält, kommt besonders nach Mironecus Besuch in Warschau hervorragende Bedeutung zu. Die vielsagende Tatsache, daß auch die Zeitung „Patria“, das wichtigste Provinzblatt der Partei Manius, den Aufsatz aufnahm, beweist, daß sich maßgebende rumänische Kreise zu dessen Inhalt befehen.

Debatte über den Schlesiens Sejm.

Warschau, 8. März. In der letzten Sejm-Sitzung beschäftigte man sich, wie wir bereits kurz meldeten, u. a. auch mit dem sozialistischen Dringlichkeitsantrage, in welchem gefordert wird, die Wahlen zum Schlesiens Sejm unverzüglich auszuschreiben und ebenso beschleunigt eine Änderung der Wahlordnung zu diesem Sejm zu beschließen.

Abg. Neger (PS) erinnerte in seiner Begründung des Antrages an die Motive, die dafür maßgebend waren, daß Schlesiens die Autonomie erhielt. Der Schlesiens Sejm sei auf den Vorschlag des Wojewoden Grzybowski aufgelöst worden, der als Begründung den Ablauf der Kadenz angab, die jedoch schon vor 18 Monaten abgelaufen war. Als zweiter Grund galt der Umstand, daß der Schlesiens Sejm die Verfassungsgesetze nicht beschließen habe. Hier erinnerte der Redner daran, daß der Entwurf eines solchen Gesetzes schon im Jahre 1926 fertig war, daß der Wojewode Grzybowski jedoch erklärt hätte, daß dieses Projekt der Regierung nicht gefalle und daß ein neuer Entwurf eingebracht werden würde. Dies sei jedoch bis jetzt nicht geschehen.

Innenminister Skadkowski nahm zu dem Antrage und den Darlegungen des Vorredners in folgenden Ausführungen Stellung: „Die Verordnung des Präsidenten vom 12. Februar d. J. über die Auflösung des Schlesiens Sejm hat der uns feindlichen Propaganda im Ausland das Material zu den Gerüchten gegeben, als ob die Regierung dadurch, daß sie nicht gleichmäßig die Neuwahlen ausdribbe, beabsichtige, die durch das schlesische Verfassungsgesetz garantierten Rechte zu schmälern. Damit der hier eingebrachte Antrag nicht dazu beitragen könnte, daß diese durch nichts gestützt und der Wahrheit nicht entsprechenden Gerüchte eine Rechtfertigung finden, beehre ich mich Folgendes zu erklären:

1. Die Verordnung des Präsidenten vom 12. Februar d. J. wurde auf Grund des ersten Absatzes des Art. 22 des Verfassungsgesetzes vom 15. Juli 1920 erlassen, in dem das Organisationsstatut der Schlesiens Sejm in dem das Organisationsstatut der Schlesiens Sejm angegeben, daß der Schlesiens Sejm infolge Ablaufs der Zeit aufgelöst wird, für die er gewählt wurde.

2. Die Ausschreibung von Neuwahlen konnte bis jetzt nicht erfolgen, da das in Art. 14 des zitierten Verfassungsgesetzes vorgesehene Gesetz über die Wahlordnung, das der Bestätigung durch den Präsidenten unterliegt, bis jetzt nicht bestätigt worden ist. Auf Grund des Art. 15 des Verfassungsgesetzes vom 15. Juli 1920 steht dem Präsidenten das Recht zu, dieses Gesetz im Laufe von 45 Tagen vom Tage der Zustimmung an gerechnet zu bestätigen, oder die Bestätigung abzulehnen.

3. Der durch den Schlesiens Sejm beschlossene Entwurf der Wahlordnung erkennt das aktive Wahlrecht nur den Bürgern der Republik zu, die in der Schlesiens Sejm an dem Tage der Übernahme dieses Gebiets durch die polnischen Behörden gewohnt haben. Diese Bestimmung, die viele ständig in der Schlesiens Sejm wohnde Bürger des Wahlrechts beraubt, müßte nach Ansicht der Regierung abgeändert werden.

4. Der Termin der Wahlen zum Schlesiens Sejm wird unverzüglich bekannt gegeben werden, sobald diese Änderung vorgenommen ist. (Beifall auf der Linken.) Minister Skadkowski an den sozialistischen Abg. Praeger: „Sind Sie darüber traurig, daß wir einverstanden sind? Sie hätten darüber froh sein und Beifall klatschen müssen.“ — Herr Praeger wird über diese praktische Interpretation des Begriffs „unverzüglich“ seine eigenen Gedanken haben. Sonst hätte er keinen Grund traurig zu sein.

Bom Ausgang des Weltkrieges.

Englische Truppen meutern 1919. — Verderbliche Gistgase der Entente 1918.

Wir lesen in der „Königsb. Allgem. Ztg.“: Churchill's Buch aus der Nachkriegszeit ist erschienen. Es scheint eine Anzahl Sensationen zu enthalten, von denen in den bisher veröffentlichten Proben nichts stand. Hier ein Beispiel: Churchill gibt zu, daß 1919 3—4000 Mann der britischen Truppen in Calais meuterten und sich eine Zeitlang im vollen Besitz der Stadt befanden, eine Behauptung, die bekanntlich wiederholt in Frankreich aufgestellt wurde, aber in England immer abgelehnt worden war. Churchill's Darstellung gemäß schickte Feldmarschall Haig den General Bagnall mit zwei Divisionen, die die Stadt umzingelten und die Meuterer zur Übergabe zwangen, nachdem sie eingeschrien hatten, daß ein einziger Schuß die ganze Stadt wegen der dort aufgestapelten Munition zerstört haben würde.

Dann erzählt Churchill, die Verbündeten hätten 1918 kurz vor dem Zusammenbruch ein Gistgas fabriziert, das eine unbeschreiblich fürchterliche Wirkung gehabt haben würde. Es habe als Schutz dagegen nur eine bestimmte Art von Gasmasken gegeben, die geheim gehalten war und die die Deutschen nicht schnell genug hätten herstellen können. Aller Widerstand seitens der deutschen Front wäre innerhalb weniger Tage einfach unmöglich gewesen.

Schwere Zuchthausstrafen für Spione.

Nowogródek, 9. März. Vor dem hiesigen Bezirksgericht fand am Mittwoch und Donnerstag ein sensationeller Prozess gegen 14 Angeklagte statt, die sich wegen Spionage zugunsten Sowjetrusslands zu verantworten hatten. Die Anklageschrift legt ihnen zur Last, die verbrecherische Aktion schon seit dem Jahre 1926 betrieben zu haben, wobei ihre Tätigkeit das Gebiet der drei nördlichen Wojewodschaften Wilna, Nowogródek und Polesien umfaßte. Die Hauptoperativpunkte waren Baranowitschi, Pinsk und Brest-Litowski am Bug.

An der Spitze der Bande stand zunächst ein Student der Lemberger Universität, namens Nowik. Als dieser nach Lemberg abgereist war, übernahm er die Leitung der Bande zwei Schneidemühlener und eines Hausgrundstücks in Baranowitschi, Edmund Szumalowski, der einer der Hauptangeklagten in diesem Prozesse war. Die eigentliche Spionagetätigkeit leitete ein Stab von Konfidenten, wie ein Gutswärter des Fürsten Radziwill, ein gewisser Sokol, Kutylowski, ein Geometer Maszajuk in Pinsk, ein ehemaliger russischer Offizier, der zu

Mix-Seife

die beste, die billigste.

lest als Volksschullehrer tätig war und Karpowicz heißt, sowie ein Verwaltungsbeamter der Güter des Fürsten Radziwill namens Kijko. Die übrigen Angeklagten waren Vertrauensleute, die der Bande Dienste leisteten. Ein Konfident, der Unteroffizier Jagielowicz, der auf frischer Tat ertrapp wurde, als er geheime militärische Dokumente stahl, wurde vom Militärgericht vor einigen Monaten zum Tode verurteilt und erschossen.

Weiter heißt es in der Anklageschrift, daß die Angeklagten eine ganze Reihe sehr wichtige militärische Dokumente gestohlen haben, wodurch sie dem Staate riesigen Schaden zugefügt hätten. Für ihre Spionagetätigkeit erhielten die Vertrauensleute je 50 Dollar monatlich und außerdem Zuschläge, deren Höhe von der Wichtigkeit des gelieferten Materials abhing.

In der Verhandlung wurden die Abschriften sämtlicher gestohlenen und den Sowjets gelieferten Dokumente sowie die einzelnen Rechnungen und Notizen vorgelesen.

Das Urteil lautete gegen Szumalowski und Nowik auf je 12 Jahre Zuchthaus, sowie auf je 50 000 Zloty Geldstrafe, die im Nichtbeitrittungsfall in zwei Jahre Gefängnis umgewandelt wird, gegen Karpowicz und Maszajuk auf je 8 Jahre Zuchthaus und je 50 000 Zloty Geldstrafe bzw. je 2 Jahre Gefängnis, gegen Kijko auf 6 Jahre Zuchthaus und 50 000 Zloty Geldstrafe bzw. zwei Jahre Gefängnis, gegen 6 Angeklagte auf je 4 Jahre Zuchthaus und 20 000 Zloty Geldstrafe bzw. ein Jahr Gefängnis und gegen einen weiteren Angeklagten auf 6 Monate Gefängnis. Drei Angeklagte, darunter der Verwalter der Güter des Fürsten Radziwill, Kutylowski, wurden freigesprochen. Bei den Angeklagten, die zu Zuchthaus verurteilt wurden, wurde außerdem für die Zeit nach Verbüßung der Strafe die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Giechendorff — die neue Hauptstadt Deutsch-Oberschlesiens.

Über dem kleinen Teil des ober-schlesischen Kohlenbeckens, der heute noch in deutschem Besitz ist, liegen die Städte Beuthen und Hindenburg. Während im Ruhrrevier das Dachsgebirge die dort über der Kohle liegenden Städte trägt, mußte in Oberschlesien der Kohlenabbau unter den Stadtdächern von den Behörden verboten werden. Trotzdem hat sich das Zentrum der Stadt Beuthen seit 1909 um fast 10 Zentimeter gesenkt. Einige hundert Meter weiter beträgt die Senkung der Tarnowitzer Hauptstraße bis zu 1,10 Meter, und im Nebengelände sind Oberflächeneinbrüche von mehreren Metern festgestellt. Auch von Hindenburg sind die südöstlichen Stadtteile von Kohle unterlagert. Wie weit diese Tatsachen bei dem unbedingt erforderlichen Ausbau dieser beiden Städte berücksichtigt werden müssen, diese Frage muß jetzt entschieden werden.

Für die Lösung dieses städtebaulichen Problems wurden im letzten Herbst auf der Dresdener Ausstellung „Die technische Stadt“ mehrere Entwürfe zur „Dreitädteinheit“ Beuthen-Hindenburg-Gleiwitz von den Bauämtern dieser Städte vorgelegt, die vor allem für Hindenburg völlige Neuanlagen der City usw. auf der gegenwärtigen (Kohlen-)Grundlage vorsehen und dafür manche geschmackvolle Lösungen bieten. Demgegenüber drängt die wirtschaftliche Entwicklung, die in einer demnächst erscheinenden Denkschrift nachgewiesen wird, auf eine

Langsame Ausfiedelung von Beuthen und Hindenburg.

Darin wird vorgeschlagen, diese Anfriedelung bewirkt auf eine einheitliche Ziel zu lenken, nämlich auf die Schaffung einer neuen nach großen städtebaulichen Gedanken auszubauenden Stadt, die den Namen „Giechendorff“ tragen soll.

Dieser Vorschlag geht davon aus, daß Beuthen bereits von dem aufgekauften Grundbesitz des Verbanes städtebaulich erdrückt wird und sich weder nach den Seiten, noch nach oben entwickeln kann, weswegen seine Ausfiedelung tatsächlich bereits begonnen hat. Wegen des zu schwachen Dachsgebirges müße aber unter der heutigen Stadt ein Schatz von Kohle dauernd stehen bleiben, dessen Wert den der Beuthener Baulichkeiten um das Mehrfache übersteige. Ebenso decke es sich nicht mit einer volkswirtschaftlich denkenden Finanzpolitik, in das heutige, in acht Baueinheiten zerrissene Hindenburg weitläufige Mittel hineinzuwerfen. Seine Modernisierung würde — ganz abgesehen von den auch weiterhin zu erwartenden Bergschäden — nicht weniger kosten, als wenn man einige Kilometer weiter, außerhalb der Kohlenmulde, mit diesen Mitteln, langsam eine neue Stadt mit großen Gesichtspunkten

schaffen würde, in der Hindenburg, Beuthen und möglicherweise auch Gleiwitz sich zusammenfinden müßten. Mit der fortschreitenden Ausfiedelung könnte dann im Muldengebiet die Kohle ohne Rücksicht auf Oberflächeneinbrüche, also mit erheblichen Erparnissen, abgebaut werden. Es ist selbstverständlich, daß der Bergbau diesem Projekt von Anfang an Interesse entgegenbrachte.

Das Giechendorff-Projekt beruht, wie in der Denkschrift ausgeführt wird, also auf drei Grundgedanken: Aus nationalwirtschaftlichen Gründen muß die ober-schlesische Kohlenmulde zur völligen Ausbeutung freigegeben werden; aus sozialpolitischen Gründen sind die bei den schlechten Wohnungsverhältnissen erforderlichen Neufiedelungen auf ein einheitliches Ziel zu lenken, so daß bei einem etwaigen Eingehen einzelner Schächte andere Arbeitstätigkeiten ebenso leicht erreicht werden können, und schließlich könnte die Stadt Giechendorff als architektonisch schöne Stadt ein werbendes Wahrzeichen der friedlichen deutschen Zivilpolitik werden.

Der Plan wurde Anfang vorigen Jahres von den maßgebenden Stellen Oberschlesiens aufgegriffen und zur Erörterung gestellt. Interessant ist, daß der Hindenburg Oberbürgermeister Dr. Zukaschek in einem Aufsatz in der letzten Nummer des „Städtetags“ sich mit dem Problem der ober-schlesischen Siedelung beschäftigte und die Forderung aufstellte, daß für die ober-schlesischen Industriestädte mit ihren ganz besonderen Verhältnissen eine Lösung gefunden werden muß, die in materieller, organisatorischer und ideeller Hinsicht von größt möglichen Gesichtspunkten ausgeht.

Kleine Illustrationen

zu Demwens optimistischem Wirtschaftsbericht.

Rapide wachsende Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit in Polen ist seit Ende Oktober 1928 in händigem raschen Steigen begriffen. Die Zahlen für ganz Polen und das ehemals preussische Teilgebiet von Ende Oktober 1928 bis Mitte Februar d. J. ergeben folgendes Bild der Arbeitslosigkeit:

Zeitpunkt	ganz Polen	ehem. preuss. Gebiet
20. 10. 1928	78 317	4 680
3. 11. "	81 195	4 934
17. 11. "	87 914	5 971
1. 12. "	97 414	7 690
15. 12. "	111 465	11 255
29. 12. "	128 144	15 561
12. 1. 1929	145 576	19 339
26. 1. "	161 189	21 059
9. 2. "	171 215	22 588
16. 2. "	176 843	23 705

Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die Arbeitslosigkeit sich in Polen in den letzten vier Monaten mehr als verdoppelt hat. Besonders rapide ist sie aber im ehemals preussischen Teilgebiet in dieser Zeit gestiegen, nämlich von 4680 auf 23 705, das heißt, sie hat sich verfünffacht. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter belief sich im Dezember auf 791 000, dürfte im Laufe des Januar und Februar jedoch auf etwa 700 000 bis 770 000 gesunken sein. Das heißt, daß etwa 23 Prozent der polnischen Arbeiter gegenwärtig arbeitslos sind.

Neuer Wechselprotestford im Januar.

Nachdem, wie bereits gemeldet, im Dezember 1928 die Zahl der in Polen protestierten Wechsel die noch nie dagewesene Höhe von 313 126 Wechsel im Werte von 67 668 000 Zloty erreicht hatte, ist im Januar ein neuer Wechselprotestford zu verzeichnen. Die Zahl der im Januar d. J. protestierten Wechsel belief sich nämlich auf 356 691 im Werte von 76 787 000 Zloty. Im Durchschnitt betrug der Wert eines protestierten Wechsels 215 Zloty. Auf die Wechselprotesten des ehemals preussischen Teilgebietes entfallen an Wechselprotesten im Januar (die Zahlen für Dezember 1928 sind in Klammern angegeben): Polen 14 531 im Werte von 5 524 000 Zloty (13 947 im Werte von 5 564 000), Pommern 6446 im Werte von 1 966 000 (6793 im Werte von 2 184 000), Oberschlesien 6939 im Werte von 2 140 000 (6402 im Werte von 2 142 000). Auf die wichtigsten Städte unseres Teilgebietes entfallen: Posen 5750 im Werte von 2 817 000 (5711 — 2 982 000), Bromberg 2034 — 731 000 (1760 — 693 000), Thorn 573 — 234 000 (960 — 339 000), Kattowitz 2897 — 897 000 (2600 — 980 000).

Polnische Anleiheobligationen im Ausland.

Das Vertrauen des Auslandes in die wirtschaftliche Zukunft eines Landes ist meist in der Höhe des Kurses der Staatsobligationen dieses Landes an den Auslandsbörsen zu erkennen. Der Emissionkurs der polnischen siebenprozentigen Stabilisierungsanleihe vom Jahre 1927 betrug 92 Prozent, ist an der New Yorker Börse jedoch ständig gestiegen, in der zweiten Februarhälfte von 88,99 auf 87,25. An der Züricher Börse wurden dieselben Obligationen, nachdem sie im April 1928 einen Höchststand von 98,42 erreicht hatten, in der Woche vom 18. bis 23. Februar d. J. mit einem Durchschnittskurs von nur 87,50 Prozent gehandelt, in London mit 89,45 (wahrscheinlich polnische Interventionskäufe). Die siebenprozentige Dollaranleihe der Stadt Warschau vom Jahre 1928 wurde nach einem Anfangskurs von 89,21 im März vorigen Jahres in der Woche vom 18. bis 23. Februar d. J. in New York mit nur 83,13 gehandelt, die siebenprozentige Dollaranleihe der Wojewodschaft Schlesien vom Jahre 1928 nach einem Anfangskurs von 89,25 im Juli 1928 gegenwärtig mit nur 83,13.

Man sieht an der New Yorker und den anderen Börsen des Auslandes die wirtschaftliche Lage in Polen also erheblich niedriger an, als es Herr Demwens in Warschau tut.

Starke Zunahme der Konkurse.

Die Zahl der Konkurse in Polen ist im vergangenen Jahre wieder erheblich angewachsen, nachdem 1927 im Vergleich zu den beiden Vorjahren ein bemerkenswerter Rückgang eingetreten war. Besonders auffallend vergroßert hat sich, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen, die Konkursziffer im Zentralgebiet. Auch der Westen hat eine mehr als 30prozentige Steigerung zu verzeichnen, während im Osten, in Schlesien und im Süden die Entwicklung sich günstiger als im vorigen Jahre gestaltet. Leider bringt die polnische Statistik nur die Zahl der Konkurse, nicht die Höhe der mit ihnen verbundenen Summen, durch die das Bild erst vervollständigt werden würde.

Was die betroffenen Unternehmen anlangt, so dominieren nach wie vor die Handelsunternehmen. Im Vergleich zu 1927 ist aber die schlechte Lage in der Industrie festzustellen, deren Unternehmen in weit stärkerem Maße als im Vorjahre in Konkurs geraten. Ein Beweis für die ungünstige wirtschaftliche Situation ist auch die Konkursziffer der Einzel-Firmen, die um nahezu 50 Prozent höher als 1927 in der Statistik erschienen. — Daß die Zahl der Konkurse im Jahre 1928 mit 519 ihren Höhepunkt erreichte, hängt mit der Deflationskrise nach Einführung der Notwährung im Jahre 1924 zusammen, während vorher infolge der durch die Polenmark-Inflation unübersichtlichen Wirtschaftslage so gut wie keine Konkurse zu verzeichnen gewesen sind.

	1928	1927	1926	1925	1924	1923	1922
Zusammen							
Zentralgebiet	258	204	203	519	108	6	15
Ostern	155	96	105	143	33	2	7
Polen, Pommernellen	1	5	1	3	—	—	—
Schlesien	65	48	105	275	51	4	7
Galizien	9	21	57	28	7	—	1
Industrieunternehmen	23	34	35	70	17	—	—
Handelsunternehmen	99	57	98	185	23	2	3
Kreditunternehmen	154	143	193	375	83	2	11
Kreditanstalten	5	4	12	9	2	2	1
Artisanenvereine	14	22	41	50	12	—	—
G. m. b. H.	86	29	34	43	17	3	3
Genossenschaften	7	9	19	22	4	—	1
Präten- u. Kommandit-Ges.	30	24	40	59	18	—	1
Einzelfirmen	171	120	169	345	57	3	10

Zwischen dem Jahre 1928 weist die Statistik eine der Konkurse der Mai mit 90 auf (gegenüber nur 16 im Vergleichsmonat 1927), die Mindestzahl der August mit 10 (16). Im Januar 1928 gerieten 24 Unternehmen in Konkurs, im Februar 21, im März 27, im April 18, im Juni 28, im Juli 21, im September 18, im Oktober ebenfalls 18, im November 17 und im Dezember 26.

Wirtschaftliche Rundschau.

Konkurse.

Konkursverfahren in Bromberg. Über das Vermögen des Kaufmanns Bruno Hofendorf, Bromberg, Danziger Straße (Obadstraße) 23, ist mit dem 23. Februar d. J. das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Adolfo Hoppel, Bromberg, Bärenstraße (Niedwiedział). Gläubigeransprüche sind bis zum 3. April d. J. anzumelden, Gläubigerzusammensetzungen finden am 27. März und 16. April d. J., vormittags 11 Uhr, im Kreisgericht (Kammer 10) statt. Dem Kaufmann Hofendorf gehörige Gegenstände bzw. an ihn zu zahlende Summen sind bis zum 22. März dem Konkursverwalter zu melden.

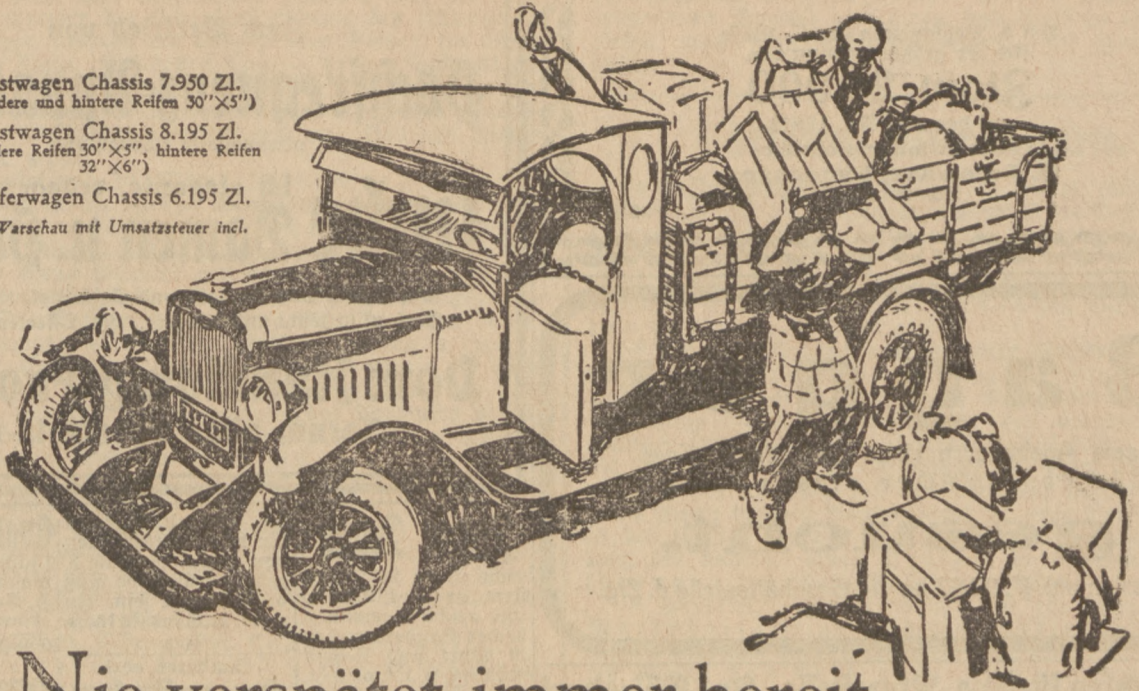
Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Berichterstattung im „Monitor Politi“ für den 11. März auf 5,244 Zloty festgesetzt.

Der Zloty am 9. März. Danzig: Leberweilung 57,74 bis 57,88, bar 57,77—57,91. Berlin: Leberweilung 47,15—47,35, Kattowitz 47,15—47,35. Posen 47,175—47,375, bar ar. 47,40. Zürich: Leberweilung 53,30. London: Leberweilung 43,27. New York: Leberweilung 11,25. Bukarest: Leberweilung 18,63. Budapest: bar 64,10—64,40, Prag: Leberweilung 37,25. Mailand: Leberweilung 21,75.

Wirtschaftliche Lage vom 9. März. Umläufige Verkauf — Kaufl. Belgien 123,63, 124,14 — 123,52, Belgien — Budapest — Bukarest —, Seltensford —, Spanien —, Holland —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London —, 43,37 — 43,15 (Iran) 43,46% — 43,26%, New York 8,90, 8,92 — 8,88. Oslo —, Paris 34,83, 34,92 — 34,74, Prag 26,39%, 26,46 — 26,33, Riga —, Schweiz 171,51, 171,94 — 171,08, Stockholm —, Wien 125,29, 125,60 — 124,68, Italien 46,68%, 46,80%, — 46,56%.

- Lastwagen Chassis 7.950 Zl. (Vordere und hintere Reifen 30"x35")
- Lastwagen Chassis 8.195 Zl. (Vordere Reifen 30"x35", hintere Reifen 32"x36")
- Lieferwagen Chassis 6.195 Zl. ab Warschau mit Umsatzsteuer incl.



Nie verspätet, immer bereit und billig im Betrieb

IN Lastwagen, der jederzeit dienstbereit ist, in jeder Lage zuverlässig bleibt und nur weniger Reparaturen bedarf, erlaubt Ihnen, mehr Geschäfte bei geringeren Unkosten zu erledigen. Diese Erfahrung machen tausende Besitzer von Chevrolet-Lastautos. Ein Mechanismus von hoher Qualität, der bei hervorragender Leistung ein Minimum an Betriebskosten erfordert. Der neue Chevrolet-Lastwagen hat 4 Gänge vorwärts und ein Rückwärtsgang — und 4-Radbremsten. Der starke Motor, vier Zylinder mit obengesteuerten Ventilen, verfügt über eine Kraftreserve, die es ihm ermöglicht, selbst bis zum Maximum beladen, die schwersten Steigungen zu überwinden. Kein anderer Camion kann mit so wenig Kosten eine derartige Regelmäßigkeit und Betriebssicherheit aufweisen. Das Ausbleiben beständiger Reparaturen sowie sein geringer Benzinverbrauch machen ihn zum wirtschaftlichsten Lastwagen auf dem Markt.

Sein gediegenes Aussehen macht auf der Straße einen sehr guten Eindruck und stellt für seinen Besitzer eine wirksame Empfehlung dar. Ueberlegen Sie einmal, was für Vorteile Ihnen der Besitz eines solchen Lastautos bringen würde, wie er Ihr Transportproblem vereinfachen könnte. Je nach dem Bedarf Ihres Transportes haben Sie die Wahl zwischen einem Lieferwagen — und einem Lastwagen-Chassis. Wenden Sie sich an den örtlichen Vertreter, er wird Ihnen einen Wagen vorführen und Ihnen auch jede verlangte Auskunft geben. General Motors Erzeugnis. Wir werden im Jahre 1929 an der nationalen Ausstellung in Poznan teilnehmen.

Autorisierte Vertreter
E. STADIE AUTOMOBILE,
Bydgoszcz, Gdańska 160, tel. 1602.

CHEVROLET-LASTAUTO

GENERAL MOTORS W POLSCE, WARSZAWA

Amthliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 9. März. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London — Gd., — Br., New York — Gd., — Br., Berlin — Gd., — Br., Warschau 57,77 Gd., 57,91 Br., Rotterdam — Gd., — Br., Zürich 122,197 Gd., 122,503 Br., New York 57,74 Gd., 57,88 Br.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Ausgab.		In Reichsmark		In Reichsmark	
	Für drahtlose Ausgab.	luna in deutscher Mark	9. März	8. März	9. März	8. März
5,48%	Buenos-Aires 1 Be.	1.769	1.773	1.770	1.774	
	Kanada ... 1 Dollar	4.122	4.190	4.186	4.194	
	Japan ... 1 Yen.	1.378	1.882	1.878	1.882	
	Kairo ... 1 ägypt. Pfd.	20.958	20.938	20.958	20.437	
	Konstantinopel 1 Trk. Pfd.	2.071	2.075	2.074	2.078	
4,5%	London 1 Pfd. Ster.	20.427	20.467	20.427	20.467	
	New York ... 1 Dollar	4.2110	4.2190	4.2110	4.2190	
	Rio de Janeiro 1 Milr.	4.939	5.051	4.985	5.015	
	Santiago 1 Golde.	4.236	4.234	4.291	4.299	
4,5%	Amsterdam ... 100 Fl.	168,63	168,37	168,62	168,86	
10%	Athen	5,44	5,45	5,44	5,45	
4%	Brüssel-Witt. 100 Fr.	59,44	58,56	58,43	58,55	
6%	Danzig ... 100 Gld.	81,63	81,81	81,65	81,81	
7%	Helsingfors 100 Fl. M.	10,591	10,611	10,591	10,611	
6%	Italien ... 100 Lira	22,44	22,085	22,04	22,08	
7%	Jugoslavien 100 Din.	7,391	7,405	7,390	7,404	
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112,20	112,42	112,24	112,43	
8%	Lissabon ... 100 Esc.	18,76	14,33	18,71	18,15	
5,5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	112,24	112,46	112,24	112,46	
3,5%	Paris ... 100 Fr.	16,443	16,485	16,44	16,48	
5%	Braun ... 100 Fr.	12,463	12,483	12,468	12,468	
3,5%	Schweiz ... 100 Fr.	80,33	81,15	80,91	81,14	
10%	Sofia ... 100 Leva	3,042	3,043	3,042	3,043	
5,5%	Spanien ... 100 Pesi.	62,39	62,51	62,04	62,16	
4%	Stockholm ... 100 Kr.	112,41	112,63	112,42	112,62	
6,5%	Wien ... 100 Kr.	59,135	59,285	59,17	59,29	
7%	Budapest ... 100 Pengö	73,38	73,52	73,83	73,52	
8%	Warschau ... 100 Zl.	47,15	47,35	47,175	47,375	

Züricher Börse vom 9. März. (Amthlich.) Warschau 53,30, New York 5,20, London 25,22%, Paris 20,30%, Wien 73,05, Prag 15,40, Italien 27,21%, Belgien 72,20, Budapest 90,65, Helsingfors 13,10, Sofia 3,75%, Holland 208,30, Oslo 138,65, Kopenhagen 138,60, Stockholm 138,90, Spanien 76,30, Buenos Aires 2,18%, Tokio 232, Rio de Janeiro —, Bukarest 3,09, Athen 6,72, Berlin 123,36, Belgrad 9,12%, Konstantinopel 2,56, Cot. codj. — %, Priv.-Disk. — %, Zähl. Ges. — %.

Die Bank Polka zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. n. Scheine 8,84 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,09 Zl., 100 Schweizer Franken 170,82 Zl., 100 franz. Franken 34,69 Zl., 100 deutsche Mark 210,73 Zl., 100 Danziger Gulden 172,30 Zl., Wechsel, Krone 26,29 Zl., öiterr. Schilling 124,79 Zl.

Atienmarkt.

Polener Börse vom 9. März. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zl.) 65,50 G., 5proz. Dollaranleihe der Polener Bondität (1 D.) 98,00 Zl., 4proz. Konvertierungsanleihe der Polener Bondität (100 Zl.) 49,50 Zl., Notierungen in Zloty: 4proz. Prämien-Anleihe (100 G.-Zloty) 118,00 G., Tendenz behauptet. — Anleiheaktien: Bank Zw. Sp. Zar. 85,00 G., Przeski-Auto 21,00 G., Dr. Roman May 110,00 G., Sp. Stolarzka 76,00 G., Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.	
Amthliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 9. März. Die Preise verstehen sich für 100 Afo in Zloty frei Station Polen.	
Richtpreise:	
Weizen	46,50—47,50
Roggen	33,90—34,40
Manngerste	32,25—33,25
Braugerste	33,50—35,50
Safer	33,25—34,25
Roggenmehl (65%)	—
Roggenmehl (70%)	49,25
Weizenmehl (65%)	65,00—69,00
Weizenmehl (65%)	26,50—27,50
Rapsöl	—
Rapsöl	25,25—26,25
Sommerweide	41,00—43,00
Beluschen	39,00—41,00
Freiberben	44,00—47,00
Wittoriaerben	62,00—67,00
Folgererben	53,00—58,00
Sonnenblumenöl	—
Sonachrot	—
Kartoffelrod	—
Leintuchen	—
Serrabella	55,00—60,00
Blaue Lupinen	25,00—26,00
Gelbe Lupinen	29,00—31,00
Gesamtendenz:	ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 9. März. Getreide und Mehl für 1000 Rg., sonst für 100 Rg. in Goldmark. Weizen märk. 222—225, März 235,00, Mai 242,25—242, Juli 251,25, Roggen märk. 205—208, März 218,50, Mai 227,75—228, Juli 233,25, Braugerste 218—230, Futter u. Industrieernte 192—202, Safer märk. 199—205, März 216,00, Mai 228,50, Juli 236, Mais waggonfrei ab Hamburg —.

Für 100 Rg.: Weizenmehl 26,50—30,25, Roggenmehl 27,25—29,50, Weizenmehl 15,10—15,75, Weizenmehl 15,10—15,20, Roggenmehl 14,75 bis —, Wittoriaerben 43—49, Kleine Speiserben 28—34, Futtermehl 21,00—23,00, Beluschen 25,50—26,75, Vollerben 22 bis 23,50, Wicken 28—30,00, Lupinen, blaue 16,50—17, Lupinen, gelbe 23,00—25,00, Serrabella, neue 48—54, Rapsöl 20,40—20,60, Leintuchen 24,80—25,00, Trockenrinde 14,60—14,90, Sonachrot 22,50 bis 22,75, Kartoffelrod 22,70—21,00, weiße Speisefartoffeln bis —, rote —, gelbe —.

Tendenz für Weizen prompte Verladung fester, Lieferung matter, Roggen prompte Verladung fester, Lieferung ruhig, Getreide ruhig, Weizen- und Roggenmehl still, Weizenmehl behpt., Roggenmehl fest.

Materialienmarkt.

Auf dem polnischen Chemikalienmarkt ist in Kattowitz die Nachfrage im allgemeinen geringer und erreicht nicht einmal den normalen Umfang. Die Preise halten sich im groben ganzen auf ihrer bisherigen Höhe. Nur Schwefelsäure hat wegen des Abbaus großen Bedarfs etwas angezogen, dagegen verzeichnet Knochenleim und Leinöl eine Preissteigerung. Pharmazeutisches Glycerin wird trotz erhöhter Nachfrage um 15 Prozent niedriger notiert, so daß die inländische Produktion von Glaubersalz für mehrere Monate ausverkauft. Je 100 Rg. wurden im Großhandel (in Zloty) notiert: Antichlor 91, präparierte Bleiglätte 165, Borax in Pulver 145, Bromtallum 890, Bromnatrium 800, technisches Glycerin 28 Be weiß 255, chemisch rein 340, salpetersaures Kalium 125, Kalkstein 68, Kupfervitriol 180, Wasserlauge 32, Ammoniak 0,910 — 60, Asphallum 88/92 Proz. 156, technisches Salzsäure 19/22 Proz. 18, Schwefelsäure techn. 66 Be 180, Sodaalkali techn. kristall. 155, in Stücken 210, Zinkweiß 150, Paraffin 50/52 Proz. 215, Knochenleim 252, Cerefin gelb 290, frz. Kolophonium hell 160, Antichlor 235, technisches Naphthyl 220, raffiniert 275, Nitratnatrium techn. 310, für Heilzwecke 335.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 9. März. Krakau +, Zawichost + 0,92, Warschau + 1,05, Biact + 0,66, Thorn + 1,06, Koron + 0,50, Culm + 1,14, Graudenz + 1,05, Kutzebrat + 0,33, Bidel + 0,59, Dirschau + 0,79, Ciniage + 2,02, Schiewenport + 2,24.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Pünktlichkeit zugesichert.

Bromberg, 11. März.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung und Temperaturen über Null an.

§ Die Osterschulferien dauern für die niederen Schulen von Mittwoch, 27. März, bis Montag, 8. April; die der höheren Schulen vom 28. März bis 10. April.

§ Der Durchschnittspreis für Roggen beträgt im Februar 1929 für den Doppelzentner 33,07 Zloty. Dieser Durchschnittspreis gilt nicht für die landwirtschaftlichen Arbeiter, da für diese der Tarifvertrag maßgebend ist.

§ Brotpreise. Am 1. März wurden folgende Preise für 1 Kilogramm Brot in den einzelnen Städten Polens gezahlt: Warschau 0,55, Kattowitz, Borslaw 0,53, Stanislaw, Kalisz, Krasau, Gdingen 0,52, Lemberg, Kielce, Posen, Bromberg, Thorn 0,50, Tarnopol, Zyrdowo, Czestochowa, Sosnowice 0,49, Breslau a. Bun. Lucin, Rowno, Lublin, Graudenz 0,48, Petrikau 0,45, Wloclawek 0,44 Zloty.

§ Konzessionen für den Kleinverkauf von Tabakwaren. Während der Tabakgroßhandel sich ganz in den Händen privilegierter Personen befindet, ist das im Kleinverkauf nicht ganz der Fall, denn hiermit beschäftigen sich auch nicht privilegierte Personen, die schon früher Tabakerzeugnisse verkauften. Die Tabakmonopoldirektion war aber der Ansicht, daß bei einer größeren Anzahl der Verkaufsstellen von Zigaretten auch der Umsatz größer sei und nahm deshalb niemandem die Konzessionen ab. Nun hat sich aber der Verband der Großhändler an die Behörden mit dem Projekt gewandt, die Zahl der Verkaufsstellen für den Kleinverkauf der Tabakerzeugnisse zu vermindern. Bei einer solchen Verminderung würden die Großhändler nichts verlieren, denn jeder Detaillist hätte dann größeren Umsatz. Die Detaillisten dagegen würden nach der Meinung der Großhändler bei dieser Änderung nur gewinnen.

§ Die Mängel der Straßeneinrichtung machen sich bei dem jetzigen Tauwetter ganz unangenehm bemerkbar. Die Hauptstraßen sind verhältnismäßig gut von Schnee befreit gewesen, so daß das Tauwetter nicht besonderen Ärger bringen konnte. Anders aber sieht es in den Nebenstraßen, ganz zu schweigen von den Vorstädten. Selbst in sehr stark besetzten Nebenstraßen liegt noch heute der Schnee meterhoch über den Rinnsteinen bis auf den Bürgersteig. Die Rinnsteine können ihren Zweck nicht erfüllen, da sie verstopft sind, ebenso die Gullies, die vielfach mit einer Eisschicht bedeckt sind. Das Schmutzwasser steht oft, wie z. B. auf dem Bleichfelder Weg, in 10 bis 15 Meter langen Pfützen, die über den ganzen Fahrdamm reichen und kann nicht abfließen. Wie die Passanten und ihre Kleidung unter solchen Umständen, hauptsächlich beim Vorbeifahren von Automobilen, zu leiden haben, braucht nicht geschildert zu werden. Es muß gefordert werden, daß die städtische Straßenreinigung unverzüglich an die Reinigung der Rinnsteine und Freilegung der Gullisöffnungen herangeht, um einer Verschlimmerung des Zustandes, der bei zunehmenden Temperaturen zu erwarten ist, vorzubeugen.

§ Fuß und Simse der Häuser sind nachzuprüfen. Infolge des starken Frostes haben sich an vielen Häusern die Simse und der Fuß gelockert und halten nur dank der Verbindung durch das Eis. Sobald die Kälte jedoch nachläßt, wird das Eis taun, und sowohl die Simse als auch der Fuß werden abzufallen beginnen. Im Zusammenhang damit seien mit Rücksicht auf die Sicherheit der Passanten die Hausbesitzer daran erinnert, daß die Simse und der Fuß an sämtlichen Häusern durch Fachleute nachgeprüft werden müssen.

§ Großfeuer. Am vergangenen Sonnabend, 9. d. M., wurde die Feuerwehr um 1.45 Uhr mittags zu einer schweren Arbeit nach der Peterson-Mühle in der Wilhelmstalerstraße alarmiert. Beim Eintreffen der Wehr stand die Mühle bereits ganz in Flammen, so daß sich die Feuerwehrleute nur auf die Rettung der Nachbargebäude beschränken mußten. Das Feuer hat die ganze Inneneinrichtung der Mühle sowie die Getreide- und Mehlvorräte vernichtet. Die Mauer und das Dach blieben erhalten. Die Ursache des Brandes konnte bisher nicht festgestellt werden. Der Schaden ist sehr groß. Die Feuerwehr hatte über zehn Stunden am Brandort zu tun. Die letzten Wachen verließen erst am Sonntag morgen die Unglücksstätte. Die Mühle war an einen Herrn Samoilinski - Graudenz verpachtet.

§ Einbrecher drangen mit Hilfe von Nachschlüsseln in die Wohnung des Photographen Eduard Kowalewski, Töpferstraße 20, ein und stahlen verschiedene Gegenstände im Werte von 1000 Zloty. — In der Nacht vom 9. zum 10. d. verschafften sich Einbrecher durch Eindringen der Türschloß-Eingänge in das Geschäft der Frau Helene Ciemniak, Dangieterstraße 40 und stahlen 140 Tafeln Schokolade im Werte von 230 Zloty. — Im Laufe des Vormittags des vergangenen Sonnabends stahlen Einbrecher aus einer Wohnung des Hauses Rujawierstraße 39 Anzüge und Barock im Gesamtwert von 230 Zloty. — In der Nacht vom 9. zum 10. entmündeten Einbrecher, die mit Nachschlüsseln die Tür geöffnet hatten, aus einer Wohnung des Hauses Jollerstraße Nr. 14 Wäsche, Garderobe, eine goldene Uhr und einige Goldmünzen im Gesamtwert von 2000 Zloty.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages zehn Personen wegen Diebstahls, eine Person wegen Trunkenheit und zwei geuchte Personen.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Katholischer Gesellenverein. Dienstag abend 8 Uhr Vorstandssitzung im Amtszimmer, Parna 7. Mittwoch abend 8 Uhr Generalversammlung bei Kleiner. (1647)

g. Erone (Koronowo), 8. März. Vier Wölfe, die kürzlich bei Maxial gesehen worden waren, sind von einem Wehler aus Erone-Abbau beim Rangholzfahren in Wolfsgraben, Schulzbezirk Stronno bei Erone, am 6. und 7. d. M. in den Morgenstunden gesehen worden. Beim Herannahen des Gepanns zogen sich die Tiere langsam in den Wald zurück. Die Veranstaltung einer Treibjagd wäre angebracht. — Die am 7. März erfolgte Lutherfilm-Vorführung war trotz des schlechten Wetters sehr gut besucht.

* Birnbaum (Miechowski), 8. März. Beim Kiesgraben in Schilln fiel eine Sandsteinein und verschüttete die 21jährige Marja Fiedler und den 18jährigen Knecht Stefan Swietel. Beide erlitten den Tod.

ll. Krotoschin (Krotoszin), 10. März. Eine Einbrecher- und Diebesgesellschaft scheint ihre Tätigkeit augenblicklich nach Krotoschin verlegt zu haben. Abgesehen von kleineren Diebstählen, die in Privatwäusern ausgeführt wurden, schreibt diese Bande zu den verwegenen

Einbrüchen. Am Sonnabend, gegen 4 Uhr morgens, drückten Einbrecher die Schloßscheibe des Uhrmachers Mojs ein und raubten die ausgelegten Sachen im Werte von ca. 1000 Zloty. Am hellen Tage — in den Nachmittagsstunden — sind bei einem Herrn auf der Kalischerstraße aus seinem Schreibtische Obligationen einer staatlichen Anleihe im Höhe von 9500 Zloty gestohlen worden. Von den Dieben fehlt jegliche Spur.

* Wisa (Lelano), 10. März. Zwei Brandstiftungen beschäftigten die hiesige Strafkammer. Zunächst war der 20jährige Landarbeiter Adolf Schumann aus Friedrichsdorf, jetzt Górecki-Zabie, Kreis Rawitsch, angeklagt, den Eheber Anna Schmidt auf deren Anstiftung und den Eheber des angrenzenden Nachbarn Klocienik angezündet zu haben. Die Anklage gegen Anna Schmidt lautet dahingehend, Schumann zu der Brandstiftung an ihrem eigenen Eheber zur Erlangung der Versicherungsprämie in Höhe von 1800 Zloty und auch zu der Brandstiftung an dem Eheber des Klocienik zur Abwälzung des Verdachts veranlaßt zu haben. Der Gerichtshof verurteilte Anna Schmidt zu vier Jahren und den Adolf Schumann zu zwei Jahren Gefängnis. — Gleichfalls wegen Brandstiftung hatte sich der Stoffhändler Lecinski aus Pafoslaw, Kreis Rawitsch, zu verantworten, der seine Dreizimmerwohnung in Brand gesteckt hatte, um die Versicherungsprämie von 6000 Zloty zu erlangen. Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis, wovon die Hälfte unter der Anweisung fällt.

b. Mogilno, 10. März. Der Landwirtschaftliche Verein Dombrowa hielt am 7. d. M. eine Sitzung im Gasthause des Herrn Binder in Parkines ab, in der Herr Friederici-Posen einen Vortrag über Arbeiterfragen hielt.

K. Neuforge (Kwieciz Kowe), 7. März. Dieser Tage feierte das Allföhrer Friedrichse Ehepaar von hier das Fest der goldenen Hochzeit. Die Einsegnung fand durch Pfarrer Gerhart - Altsorge in der Wohnung des Zubelpaares statt. Dem Paare, welches noch recht rüftig ist, wurden viele Ehrungen und Glückwünsche dargebracht.

fs. Neutomischel (Nomy Tomysl), 10. März. Ein Überfall wurde auf einen Eigentümer in Raczin verübt. Auf dem Nachhausewege wurde er von Angehörigen einer ihm feindlich gesonnenen Familie überfallen und mit Knütteln übel zugerichtet. Er liegt im Krankenhaus.

() Pudewiz (Pobiedziska), 9. März. Von Wildjagden erschienen wurde in dem zur Herrschaft Wiezonfa bei Pudewiz gehörigen Forste der Förster Labott. Als mutmaßlicher Täter wurde der Arbeiter Antoniowski aus Dembogota bei Pudewiz verhaftet. Er soll den Mord aus Rache begangen haben.

* Strelno (Strzelno), 11. März. Drei Magistrate verurteilten eine vor einiger Zeit auf Veranlassung des neuen Bürgermeisters Radomski durch den Richterrevisor Klobadzie durchgeführte Revision der Bücher des Strelner Magistrate, welche ergeben, daß der Rentant Damber 1686,08 Zloty, die Kanzlerin Rakocz 672,75 und der Exektor Dymel 4150,48 Zloty veruntreut hatten. Wegen dieser Vergehen hatten sich die genannten Personen am Dienstag, 5. d. M., vor dem Inowroclawer Gericht zu verantworten. Nach den Zeugnisaussagen ergriff Staatsanwalt Dr. Werbora das Wort, der für Damber sechs Jahre Zuchthaus, für Frau Rakocz drei Jahre Zuchthaus und für Dymel zwei Jahre Gefängnis beantragte. Nach den Plädoyers der Verteidiger wurden die Verhandlungen auf Donnerstag verlegt, an welchem Tage der Vorsitzende des Gerichts, Herr Szmoyka, das Urteil verkündigte, wonach unter Berücksichtigung mildernden Umstände die Angeklagte Rakocz zu drei Monaten, Dymel zu fünf Monaten und Damber zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Auf Grund der Amnestie wurde die Strafe der Rakocz vollständig gestrichelt, während die Strafen der beiden anderen Verurteilten um die Hälfte reduziert wurden.

fs. Wolkstein (Wolczyn), 8. März. Die Generalversammlung des evangelischen Junglings- und Männervereins fand am Montag im Konfirmandensaal statt. Der erste Vorsitzende Kaufmann Bruno Schulz sprach in längerer Ausführungen über den inneren Wert des Vereinslebens, indem er anschließend an einen Rückblick über das vergangene Jahr auf die aufstrebende Jugend vor 100 Jahren verwies und zur inneren Erneuerung ermahnte. Nach Erstattung der Berichte wurde zur Vorstandswahl geschritten, die die Wiederwahl unter Ergänzung durch die Herren Weigelt und Zimmermann ergab.

fs. Wolkstein (Wolczyn), 9. März. Der deutsche Männergesangsverein „Concordia“ von hier hatte es unternommen, den Film „Franz Schubert“ und das „Wiener Sängerfest“ hier vorzuführen. Eröffnet wurde der Abend durch eine kurze Ansprache des Vorsitzenden, Kaufmann Bruno Schulz, worauf der Gesangsverein Concordia unter Leitung seines neuen Dirigenten Paul Zeidler den Chor „Schubert“ von Mozart und „Singe, wenn Gesang gegeben“ mit Klavierbegleitung zum Vortrag brachte. Unter erklärendem Vortrag rollten Silber aus Schuberts Leben ab. In der Pause sang wiederum der Chor zwei Schubertlieder. Der zweite Teil brachte die imposanten Silber des Wiener Sängerfestes.

r. Zirke (Cierakow), 10. März. Nachdem jetzt der Frost nachgelassen hat, ist mit dem Öffnen der Gemüße- und Kartoffelmieten begonnen worden. Leider wurde festgestellt, daß in vielen Mieten die Kartoffeln bereit angefroren sind, daß sie für menschliche Nahrungszwecke ungeeignet wurden. — Drei Arbeiter aus der Arbeiterbaracke tranken stahlen einem Besitzer aus Bronis ein Eschaf und schlachteten es ab; aber ehe sie dazu kamen, es sich gut schmecken zu lassen, erschienen der Wachtmeister Wegner von hier und nahm die Diebe fest.

Freie Stadt Danzig.

* Der erschossene Einbrecher identifiziert. Zu dem Einbruch in die Büroräume des Kaufmanns Siegmund Szapira, Dominikswall Nr. 4/b, über den wir berichteten, wird von der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß der Erschossene als der Arbeiter Erich Doebelt aus Danzig, geb. am 4. 11. 1900 zu Danzig-Dangfuhr, inzwischen identifiziert worden ist. Doebelt ist kinderlos verheiratet. Es ist auch gelungen, seinen Komplizen festzustellen in dem arbeitslosen und vielfach vorbestraften Schloffer Otto Reiß aus Danzig. Reiß ist flüchtig, es wird nach ihm gefahndet. Ergänzt ist noch nachzutragen, daß in den Anlagen des Jergartens, dort, wo Doebelt, von dem Schuß des Beamten getroffen, zusammengebrochen ist, eine Pistole (System Walter) mit acht Patronen gefunden wurde. Die Pistole gehörte zweifellos dem erschossenen Einbrecher, der sie offenbar deshalb nicht gegen den Schutzpolizeibeamten gebraucht hat, weil er, nachdem er die Pistole aus der Tasche gezogen hatte, auf den sofortigen Anruf des Schutzpolizeibeamten die Hände hochheben mußte. Zudem mögen ihn daran die dicken, ledernen Handschuhe behindert haben, deren er sich beim Einbruch bedient hatte, um Fingerabdrücke nicht zu hinterlassen. Ferner sei noch nachgetragen, daß die beiden Einbrecher sich dadurch, daß sie das vor dem Fenster befindliche Gitter durchstößt hatten, Einlaß in die Büroräume verschafft hatten, die im Hochparterre des Hauses untergebracht sind. Allem Anschein nach hatten sie sich dann an

der Dachrinne heruntergelassen. Als die Beamten sich des erschossenen Doebelt annahmen und ärztliche Hilfe herbeiriefen, muß Reiß diese Gelegenheit zur Flucht benützt haben.

Kleine Rundschau.

* D-Zug-Unglück. Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) In der vergangenen Nacht ist der D-Zug Berlin-Gamm auf dem Bahnhof Seeßen (in Westfalen) auf einen Viehzug aufgelaufen, von dem mehrere Wagen ineinandergeschoben und die Lokomotive des D-Zuges schwer beschädigt wurden. Vier Reisende des D-Zuges wurden verletzt, 60 Tiere getötet.

* Ein Bankeinbruch nach Berliner Muster wurde in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag in Prag ausgeführt. Polizeibeamte hörten aus einem Keller der „Legio-Bank“ verdächtige Geräusche, umstellten das Bankgebäude und konnten zwei aus Wien zugereiste Einbrecher festnehmen, die vom Keller aus in die Räume der Bank eingedrungen und mit der Öffnung des Geldschrankes beschäftigt waren.

* Einen dreifachen Bankeinbruch hat eine Verbrecherbande in der fünften Avenue von New York ausgeführt. Es gelang der Bande, einen Tresor mit Dynamit zu sprengen und 20000 Dollar zu rauben.

* Harakiri. In Moskau hat ein japanischer Marineattaché an sich das Harakiri vollzogen. Er hat sich nach dem alten Dogma der Samurai mit einem scharfen Messer den Leib aufgeschlitzt. Diese greuliche Sitte hätte es nun erfordert, daß der Freund des Selbstmörders ihm nach dem Harakiri den Kopf abschneidet. Als der japanische Marineattaché den Selbstmord beging, war kein Freund anwesend. Mit einem schier übermenschlichen Heroismus versuchte er daher, nach vollzogener Harakiri sich mit einem Rasiermesser den Kopf selbst abzuscheiden. Diese Selbsterleuchtung des japanischen Offiziers ist an und für sich schon für europäische Begriffe eine Scheußlichkeit. Sie rückt aber in das Gebiet eines mystischen Fanatismus, wenn man hört, weshalb der japanische Attaché diesen schrecklichen Tod sich wählte. Seine etwas lockere Lebensführung hatte ihm Angriffe gewisser Moskauer Zeitungen zugezogen. Anscheinend ist er nun irgendwie durch seine vorgesehete Behörde gemahregelt worden. Kurzum, er glaubte die Ehre des japanischen Namens wiederherstellen zu müssen. Und dies konnte er nur durch eine Sühne. Also führte er nach den Regeln der alten Samurai. Grauenhaft, denkt der Europäer, aber immerhin, in diesem Grauenhaften liegt doch eine Größe, die doppelte Gewalt ist in diesem Jahrhundert einer kalten und sachlichen Nüchternheit.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einbrechers versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erstellt.

Arnoldsdorf 1000. Ihre ergänzende Anfrage ist erst heute eingegangen, nachdem die gewünschte Auskunft bereits im Druck war. Ihr Nachtrag ist insofern wieder nicht vollständig, als nicht angegeben ist, seit wann die Zinsen rückständig sind. Zinsen kann der Gläubiger nur für die letzten 4 Jahre verlangen, die anderen sind verjährt. Der Jahresbetrag der Zinsen ist 1268 Zloty.

H. D. Mazans. Ihr Schwager erbt die Hälfte des Nachlasses und die Geschwister der Verstorbenen die andere Hälfte. Ihrem Schwager gebühren außerdem noch die zum ehelichen Haushalt gehörigen Gegenstände, soweit sie nicht Zubehör eines Grundstücks sind. Ihre Darstellung des Sachverhalts ist uns nicht ganz klar geworden, insonderheit ist uns unklar geblieben, ob Ihr Schwager der Eigentümer der anderen Hälfte des Hauses war oder nicht. Abgesehen davon: der Nachlass Ihrer Schwester ist jetzt Eigentum der Erben; jeder Erbe ist berechtigt, seinen Anteil zu verkaufen, und das ist wohl der gegebene Weg für eine Auseinandersetzung. Für die Abwicklung des Grundstücks gibt sein Ertrag die Grundlage ab. Die Erben müssen bei Gericht die Erteilung des Erbscheines beantragen.

E. S. aus R. Nr. 36. Sie brauchen nur auf 15 Prozent aufzurufen. Bezahlen Sie dem Gläubiger am Fälligkeitstage 15 Prozent, und wenn er das Geld nicht nehmen will, deponieren Sie es an Gerichtsstelle und verklagen Sie ihn auf Herausgabe des Hypothekenbriefes und Röstung.

H.-R. Sie sind polnischer Staatsangehöriger als sogenannter Geburtspole, brauchen also nichts zu tun, um die polnische Staatsangehörigkeit zu erlangen. — Sie können außer dem hiesigen Erbe noch Erbschaften antreten, welche Sie wollen. In weiterem Erben liegt nicht das geringste Hindernis vor. Wenn die Eltern nicht anderes verfügen, erben Sie mit Ihren Geschwistern zu gleichen Teilen.

Mühle Solbau. Wenden Sie sich an die Bank Rosny in Warschau.

„Dolarowka.“ Wir können Ihnen leider keine Auskunft geben; wenden Sie sich an die Bank Polski in Warschau.

Adolf S., alter Abonnent. Sie können eine spezielle Rechnung mit Angabe von Tag, Monat und Jahr verlangen. Wenn die Schuld nicht verjährt ist, müssen Sie sie bezahlen. Die Verjährung erfolgt in 2 Jahren. Wenn Sie die Qualität der Ware anzweifeln wollten, dann hätten Sie es gleich bei deren Empfang tun müssen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die obereschlesische Kohlenindustrie im Februar. Den bisherigen Feststellungen zufolge wurden im vergangenen Monat in Oberschlesien 2.979.970 To. Kohle gefördert, arbeitsfähig also 1.084.477 To. Das bedeutet ein Nachlassen der Kohlenförderung gegen den Monat Januar um 617.488 To. oder 20,6 Prozent. Diese Erschöpfung ist zu einem Teil in der veringerten Zahl der Arbeitstage, zum erheblichen größeren aber in der Produktionsrückgang infolge der katastrophalen Waggonsmangel und der Transportverweigerungen zu erklären. Während im Januar bei einem Tagesbedarf von 10.886 Waggons zu 10 Tonnen die Eisenbahnvermittlung 8209 stellte, also 22,4 Prozent weniger als benötigt wurden, belief sich die Tagesleistung im Februar auf nur 6878 Waggons pro Arbeitstag bei einem Bedarf von 10.896. Die Waggongestellung im Februar blieb also um 28,7 Prozent hinter dem Bedarf zurück. Im Vergleich zum Januar war die im Februar gestellte Waggongestellung 16,8 Prozent geringer, im Vergleich zum Dezember 25 Prozent. In Lagersatz wie Export von Kohle sind im Februar sehr stark gesunken. Der Inlandsabatz ging von 1.776.065 im Januar auf 1.487.445 To. im Februar zurück, also um 17 Prozent. In Oberschlesien betrug die Abfahrtsverminderung 7 Prozent, im übrigen Polen 28 Prozent. Der Export ist von 909.741 im Januar auf 500.884 im Februar gesunken, also um 82,297 To., d. h. 35 Prozent. Nach Skandinavien wurden gegen 171.873 To. im Januar nur 108.866 im Februar ausgeführt, d. h. 63 Prozent weniger. Nach den baltischen Staaten gingen im Februar 18.785 (im Januar 72.650) To., die Verminderung betrug demnach 74 Prozent. Die Halboorräte in Oberschlesien vergrößerten sich um 70.000 Tonnen.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Krueke; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Maria Heule; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praygodzki; Druck und Verlag von A. Dietmann. G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 59.

Heute: „Illustrierte Weltchau“ Nr. 10.

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter **Marla** mit dem Landgerichtsrat **Herrn Dr. Paul Bator** gebe ich hiermit bekannt.

Frau Clara Behrendt geb. Knoph.

Piastoszyn/Petzlin

Piastoszyn/Petzlin, den 10. März 1929. 3462

Meine Verlobung mit **Fräulein Maria Behrendt**, Tochter des verstorbenen Landschaftsrats **Herrn August Behrendt** und seiner Frau **Gemahlin Clara geb. Knoph** beehre ich mich anzuzeigen.

Dr. Paul Bator.

Danzig-Langfuhr

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Heimange unserer lieben Mutter von Verwandten, Freunden und Bekannten in so reichem Maße bewiesen wurden, sprechen wir insbesondere Herrn **Pfarrer Hejstiel** für die tröstlichen Worte unermüdeten

innigsten Dank aus.

Familien **Bruno Gutbier** und **Artur Wintler.**

Bydgoszcz, den 11. März 1929. 1643

Bin umgezogen von Bydgoszcz, u. Białosittwie, pow. Bydgoszcz, ul. Podgórska 38. 1590

Sebama Zabłocka

Mandolinen-Unterricht od. billig u. gründl. ert. Pomorska 49/50, Hh., II. 1482

Der preiswerte Kinderwagen



Der moderne Kinderwagen



Der solide Kinderwagen



F. Kreski Bydgoszcz Gdanska 7. 3117

Sind Ihre Düngerstreuer in Ordnung?

Prof. Martiny, Halle, führte während der letzten Tagung der **Welage** in Poznań aus, daß nach reichsdeutschen Statistiken der Neupreis eines guten Düngerstreuers nur sieben Prozent des Preises ausmacht für den Dünger, den ein Düngerstreuer im Durchschnitt jährlich ausstreut.

Wenn also bei einer 3 Meter breiten Maschine nur auf einer Breite von ca. 21 Centimetern das Doppelte der gewünschten Menge ausfällt, geht jährlich ein Düngerstreuer verloren. 2935

Sind Sie **sicher**, daß Ihr Düngerstreuer auf der ganzen Fläche gut streut? Wenn nicht, ziehen Sie seine Reparatur oder die Anschaffung einer neuen Maschine in Erwägung.

Wir haben die Marken **Westfalia**, **Pommerania-Nova** und **Triumph** sowie sämtliche Teile dazu ständig vorrätig.

Gebrüder Ramme, Bydgoszcz.

Frieda Fein
Paul Senkbeil

Verlobte

Borce

3458

Pulkowo

Die glückliche Geburt eines gesunden Mädchens zeigen an

3464

Walter Wegner
Ursula Wegner geb. Benzke.

Radau, den 9. März 1929.

Am 6. März 1929 entschlief sanft in Eisenach unsere geliebte Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Frau Emmi Riehn

geb. Struwe

im 91. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Baronin Rosen geb. Werner verm. Riehn
Kurt Riehn
Nicolaus Riehn
Lucie v. Busse geb. Riehn
Karin Riehn geb. v. Burckhard
Joachim v. Busse
und 2 Urentel.

Schubin wies, Wogrowic, Zagajewice. 3483

Linoleum
A. O. Jende, Bydgoszcz.
Telefon 1449 2994 Gdanska 165.

Autolagerweißmetall.

Hiermit machen wir bekannt, daß wir von heute ab 1629
Spezial-Weißmetall für hochschnelllaufende Automotoren
fabrizieren von unübertroffener Qualität.
Erdmetal, Bydgoszcz, Błonia 8. Tel. 402.

... und es wird doch Frühling!

Wir verkaufen

zu bekannt bligen festen Preisen:

Damenstrümpfe „Seidenflor“	1.95
Damenstrümpfe „Bemberg“	4.95
Damenstr. „Bemberg“ (Bo. distempel)	7.95
Kinderstrümpfe „Lad“	9.75
Damenstrümpfe „Boxcall“	13.50
Damenstrümpfe „Lad“	19.50
Damenstrümpfe „feinfarbig“	25.00
Damenstrümpfe „Modelle“	35.00

Wir haben infolge Geldknappheit durch **Vareintauf** Kleinenmengen Musterwaren und Restposten fast zum halben Preise erstanden. 2886

Benutzen Sie die Gelegenheit, unserer Lieferanten Verlust ist Ihr Gewinn!

Mercedes, Mostowa 2.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr entschlief sanft nach kurzem, mit großer Geduld getragenen Leiden mein geliebter Mann, unser raitlos tätiger Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Land- und Gastwirt

Rudolf Greger

im Alter von 63 Jahren.

Dies zeigen im Namen aller Hinterbliebenen tiefbetrübt an

Emilie Greger
Frieda du Buits geb. Greger
Artur du Buits
Oskar Greger
Käte Greger geb. Düsterhöft
Paul Greger
und 2 Entfönder. 1640

Berlinel, Oldenburg, Bydgoszcz, den 8. März 1929.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 13. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause in Berlinel aus statt.

„Ein Berge's Gott“

allen Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme sowie für die reichen Kranzpenden bei dem Heimgange meines lieben Mannes, insbesondere dem **Pfarrer Herr Barthol** für die Trostborte am Sarge und Grabe. 1634

Martha Hoffmann geb. Schmidt.
Legnowo, den 9. März 1929.

Bydgoszcz Tel. 18-01

Dr. v. Behrens

bearbeitet allerlei Verträge Testamente, Erbsch. Auffassungen, Hypothekenlöschung, Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3. beim Schlachthaus.

Mercedes- und Kinder-Garderobe u. Waäe wird billig angefertigt ul. Dwa cowa 6, 1 Tr.

DER SPRINGENDE



Nur gute

WERBE-DRUCKSACHEN

bringen den gewünschten **Geschäfts-Erfolg**

A. DITTMANN T. Z. O. P.
BYDGOSZCZ / Jagiellońska 16

Ehret das Andenken Eurer Lieben Verstorbene durch ein **Grabdenkmal.**

Eine vernachlässigte Ruhestätte bietet immer einen traurigen Anblick. 2876

Durch meine seit 34 Jahren bestehende Firma und mit Unterstützung von ersten Fachleuten bin ich in der Lage, das denkbar Beste und Sauberste in höchster Vollendung zu leisten. Keine maschinelle Massenfabrikation. Niedrige Preise, Zahlungsverleichterung.

G. Wodsack

Steinmetzmeister

Bydgoszcz, nur Dworcowa 79. Tel. 651.

Ert. Klavierunterricht nach mod. Methode f., Anfänger und Fortgeschrittene. Zu erf. u. 1584 in der Gelicht.

Schlafzimmer 625, Schlafzimmer 575, gedieg. H. Herrensammer 650, Ständer 165. Teppich 85. Schreibmaschine, Bücherdruck, Schreibstische, mehr. Spiegel, Salongarnitur, lieberteilig, Sing-, Nähmasch., Sofas, Chaiselongues, Küchen, Vertikos 38, Kleiderdränge 58. Stühle 8.50, Gardinensängen 1, Bettstelle 21. Tische, Kommoden u. v. a. verkauft äußerst billig 1650
Okole, Janna 9, Stb. pi.

Naether



Kinderwagen

A. Hensel, Bydgoszcz, Tel. 193 und 408.



B. Brunt Zöpfermeister, Bydgoszcz-Bilgat, Nakielska 11

empfiehlt sich bei vorkommend. Bedarf. 1588
Rüsten, Wasserleitern, Holzmassenartikel offeriert 1783
Soloworen-Fabrik, Dworcowa 77. Tel. 1621



Deutsche Bühne

Bydgoszcz I. 3
Donnerstag d. 14. März abends 8 Uhr
Neuheit! Neuheit!
Lucia

ob. Liebe an der Grenze Operette in 3 Akten von C. M. Koll. Musik von Max Henkel.
Eintrittsstarten ab Dienstag in Kohne's Buchhandlg. Donnerstags von 11 Uhr u. ab 7 Uhr an der Theaterf. S. Golowska. 2397 Die Zeitung.

Kino Nowości Mostowa 5 Tel. 386

Premiere des Prachtfilms **„Goniec Napoleona“ („Napoleons Eilbote“)**

In den Hauptrollen: **Gräfin Rina de Lignoro** und der weltberühmte Atlet **Macistes**